

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telefon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Verbandstag in Duisburg.

I.

Die 6. Generalversammlung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes trat auf historischem Boden. Am 15. Okt. 1899 fand im Burgackeraal in Duisburg eine Versammlung mit ganz besonderem Charakter und einem besonderen Zweck statt. Christlich gesinnte Metallarbeiter von Duisburg und den umliegenden Industrieorten waren zusammengeströmt, um eine neue Berufsorganisation ins Leben zu rufen. Das praktische Resultat dieser Veranstaltung war die Gründung des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes mit etwa 150 Mitgliedern. Das Samenkorn war damit gelegt.

Seitdem ist ein Jahrzehnt verfloßen. Aus dem kleinen Pflänzchen ist ein kräftiger lebensfähiger Baum, aus den 150 Gründungsmitgliedern sind 25 000 christlich organisierte Metallarbeiter geworden. Die gewählten Vertreter dieser stattlichen Zahl traten am 3. Juli im Schauspielhaus des Verbandes zur 6. Verbandsgeneralversammlung zusammen, um auf der Arbeit des ersten Jahrzehnts weiter zu bauen und zum Wohle der Mitglieder und der Metallarbeiter ernste Arbeit zu leisten.

Eröffnung.

Die Generalversammlung wurde am Sonntag nachmittag um 5 Uhr nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Kollegen Hirtjeser durch den Verbandsvorsitzenden Wieber eröffnet. Er begrüßte die vollzählig anwesenden Delegierten am Sitz der Zentrale, auf dem historischen Boden der Gründungsversammlung und sprach dann die Hoffnung aus, daß der Verbandstag einen fruchtbringenden Verlauf nehmen werde. An Stelle der wegen Krankheit verhinderten drei Kollegen Keher-Duisburg, Buchner-Goslar und Ostalder-Mühlhausen waren die gewählten Ersatzmänner erschienen. Eine Anzahl Begrüßungsschreiben und Telegramme waren eingetroffen und wurden durch den Vorsitzenden zur Verlesung gebracht.

Darauf wurde die Generalversammlung konstituiert. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Wieber, als zweiter Klost gewählt. Als Schriftführer die Kollegen Hartmann-Hamburg, Körner-Schw.-Gmünd, Döpler-Münster, Kortmann-Menden. Als Listensührer: Schümmer-Kattowik, Tränkle-Freiburg, in die Mandatsprüfungskommission die Kollegen Hirtjeser-Essen, Minter-Berlin, Erdmann-Hamm, Orbelmann-Düsseldorf und Heißner-Magdeburg. Ferner wurde noch eine Kommission zur Vorberatung der gestellten Anträge gewählt. Die Diätenfrage wie Geschäftsordnung wurde noch erledigt und darauf die Verhandlungen auf Montag vormittag vertagt.

Festversammlung.

Unterdessen hatte sich der festlich geschmückte große Saal des Burgacker dicht gefüllt. Von nah und fern waren die christlichen Arbeiter mit ihren Angehörigen in Massen herbeigekommen, um an der Festfeier der Jubiläumsgeneralversammlung des christlichen Metallarbeiterverbandes teilzunehmen. Mit Genugtuung konnte der Vorsitzende des Lokalkomitees, Kollege Hirtjeser, in seiner Begrüßungsansprache auf diesen imposanten Besuch als Beweis dafür hinweisen, daß der christliche Metallarbeiterverband im Duisburger Bezirk feste Wurzeln geschlagen habe. Eine ganze Reihe von Ehrengästen waren erschienen und wurden herzlich begrüßt. Vom kath. Alerus die Herren Dechant Vertams, Pastor Kuppers, Bezirksbrüder Kuyper von den katholischen Arbeitervereinen, die Präsidenten Kaplan Dehmen, Rüdiger und Lengemann; ferner Landtagsabg. Sauermann. Die evangelischen Pfarrer Hermann und Krügel hatten herzlich gestellte Entschuldigungsschreiben nebst den besten Glückwünschen für den Verlauf der Generalversammlung gesandt. Ebenso Herr Rektor Düringer als Vorsitzender der evangelischen Arbeitervereine; ferner die Reichstagsabg. Becker und Zimmerer, Herr Domvikar Surmann in Münster und Pfarrer Derflot in Duisburg. Der Oberbürger-

bürgermeister von Duisburg, Herr Geheimrat Regierungsrat Lehr dankte in einem Schreiben für die freundliche Einladung. Leider sei er am Sonntag verhindert, an der Festversammlung teilzunehmen, er werde aber, wenn eben möglich, den Vorträgen in den nächsten Verhandlungstagen beizuwohnen. Einen schwungvollen Prolog, vom Redakteur Kreyenberg verfaßt, trug Fräulein Klost, die Tochter unseres 2. Verbandsvorsitzenden in tadelloser Präzision vor.

Herr Arbeitersekretär Rothhäuser begrüßte als Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftsartikels im Namen der organisierten Arbeiter Duisburgs die Versammlung und schloß mit dem Wunsche, daß die Zeit nicht mehr fern sei, wo das Groß der deutschen Metallarbeiterschaft seine wirkliche Interessenvertretung im christl. Metallarbeiterverband sehe.

Die Festrede hielt der Reichstagsabgeordnete und Verbandstollage Giesberts. Er verglich eintleitend die Umänderung, die das Festlokal in den zehn Jahren erfahren hat, mit der Entwicklung des Metallarbeiterverbandes. Was sich der Verband nach der dankwürdigen Gründungsversammlung, in der die Herren Hise, Brauns, Wieber und Redner sprachen, entwickelt, weil er auf festem Grund baue! Die letzten zehn Jahre seien für das soziale Leben unseres deutschen Vaterlandes von größter Bedeutung. Eine gewaltige Umwälzung des Erwerbs- und Berufslebens hätten die letzten 50 Jahre gebracht. Der Einigkeitgedanke, der Freiheitsgedanke, der wirtschaftliche Aufschwung, alles was unsere Ähren erheben, es ist mühevoll erkämpft worden. Diese Seite der politischen Kämpfe wird gegenüber dem Kriegstechnischen Erfolg viel zu wenig gewürdigt. Wenn man auch anerkennen muß, daß die Lage der unteren Stände sich gebessert hat, so muß man andererseits auch betonen, daß die Besserung der Lage nicht mit der Entwicklung gleichen Schritt gehalten hat. Vieles ist noch auf manchem Gebiete zu bessern und dazu müssen sich alle Gutgesinnten die Hand reichen. Redner beantwortete nun eingehend die Frage, wie aus der Aenderung des Wirtschaftslebens die Sozialdemokratie erwachsen ist. Mit der revolutionären Bewegung der 48er Jahre, die manches Gute brachte, wäre sich auch der Geist der religiösen Verneinung aus. Wer aber dem Volke die religiösen Ideale aus dem Herzen reißt, der löst revolutionäre Gedanken, nackten Egoismus aus. Auch die Mittelstände, die die Industrie, besonders in ihrem Anfangsstadium mit sich brachten, werden verärgert, Mißmut und Auflehnung. Man hat von dieser Stelle die Gefahr erkannt, doch nicht die Tragweite dieses Geistes gewürdigt. Das Streben der Arbeiterklasse im öffentlichen Leben hat man zu spät gewürdigt. Fürsorge und Wohlfahrtspflege, das waren die Mittel, die zuerst angewandt wurden. Nicht nutzlos waren diese Mittel, sie waren Vorarbeiten der Sozialgesetzgebung, aber sie durften nicht verbunden werden mit einem Patronat und einer Bevormundung. Aus diesen Stimmungen heraus sehen wir sich die Sozialdemokratie mit ihren revolutionären Gedanken entwickelt. Warum haben sich nun die christlichen Arbeiter von dieser Bewegung emanzipiert? Was wirtschaftlichen Gründen hätten die Arbeiter weniger Veranlassung gehabt, eigene Bahnen zu schreiben, weil die wirtschaftliche Entwicklung selbst überspannten Forderungen ein halt gebietet. Jedoch die Mittel und Wege, die heute von der Sozialdemokratie benutzt werden, sind für uns nicht annehmbar, weil wir kein Recht aus ihnen ableiten und keinen Erfolg von ihnen herbeiführen können. Wenn nun die christliche Arbeiterbewegung noch nicht größere Erfolge erzielt hat, dann ist das weiter auf Kämpfe auf christlicher Seite selbst zurückzuführen. Es wird noch einmal geschichtlich festgestellt sein, was diese Kämpfe geschadet haben. Auch die Gleichgültigkeit in den eigenen Reihen ist ein gewaltiges Hindernis. Hätten die Arbeiter, die nach ihren Anschauungen auf unserer Seite stehen müßten, die Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung erkannt, dann müßten die christlichen Gewerkschaften die Führung übernommen haben. Doch es darf kein Pessimismus aufkommen. Fest ist der Grund, auf den wir bauen, unerschütterlichere Wege, die wir gehen. Mag der Einzelne auch ohne religiöse Grundfälle auskommen, die Allgemeinheit kann es nicht. Das Gute und Edle baut auf dem alten christlichen Gedanken und dieser Gedanke muß sich wieder das Feld erobern, müssen auch noch Zeiten bestehen. Redner kam dann zu die besondere Bedeutung des Metallarbeiterverbandes für das öffentliche Leben und die christl. Gewerkschaftsbewegung zu sprechen. Als besondere Förderer der Metallarbeiterbewegung nannte Herr Giesberts den Gründer, Herrn Verbandsvorsitzenden Wieber, Herrn Klost, Heisterkamp, Lütich, Keher, Döring u. a. m. — Besonders erfreulich in der Entwicklung des Metallarbeiterverbandes sei die Tatsache, daß in

der letzten Zeit besonders viele jugendliche Mitglieder sich angeschlossen hätten. Auf der Jugend müsse sich die Zukunft entwickeln, sie führe dem Verband neues Leben zu. — Nicht um klingende Münze, so schloß Redner, wurde die Arbeit im Verband getan, mancher Jünger habe sich in der bürgerlichen Gesellschaft besser. Die Befriedigung der Arbeit besteht in dem Bewußtsein, an einer großen Sache mitbeteiligt gewesen zu sein. Dieser Geist der Mitarbeit muß uns erhalten bleiben für alle Zeit. Ich wünsche, daß die heutige Versammlung und noch mehr die ersten Beratungen der kommenden Tage, den Erfolg haben möchten, den Verband noch mehr zu festigen und die kluge und gesunde Finanzgebarung weiter fortzuführen, endlich uns anzusehern zu einer Opferwilligkeit, damit auch einmal Breche gelegt wird in die Reihen der indifferenten christlichen Metallarbeiter im Industriegebiet, dann brauchen wir nicht nur unsere Gegner nicht zu fürchten, dann wird vielmehr unser Verband mutvoll vorwärts schreiten und das Ziel zu erreichen suchen, das wir uns vor 10 Jahren gestellt haben, daß die christl. Ideale auch in der Arbeiterbewegung ausschlaggebend werden müssen.

Namens der kath. Arbeiter- und Krankenvereine Rhein- und Ruhrgau begrüßte Herr Bezirkspräsident Kuyper die Festversammlung, namens des Duisburger Arbeitervereins St. Joseph Herr Präses Dehmen. Originelle Worte und vielen Beifall fand der frühere Verbandskassierer Herr Rentmeister Barthel. Verbandsvorsitzender Wieber dankte allen Rednern, den Sängern sowie allen Gästen, die durch ihr Erscheinen ihrem Interesse für den Verband Ausdruck gegeben. Redner führte ungefähr folgendes aus:

Gott segne die christl. Arbeit! Nachdem heute von dieser Stelle so herzliche anerkennende Worte gesprochen wurden, ist es meine Pflicht als Vorsitzender des Verbandes meinen innigst gefühltesten Dank auszusprechen. Dank der hochw. Geistlichkeit, die durch den Mund der Herren Cuybers und Dehmen uns Anerkennung ausgesprochen haben. Mögen die Worte, die sie gesprochen haben, sich in die Herzen der Versammelten eingraben, damit sie Frucht bringen. Dank geführt auch den Herren, die leider nicht anwesend sein können, aber ihre Sympathie kundgegeben haben. Ich nenne die Herren Düringer, Krügel, Hermanns. Besonders Dank gebührt auch dem Herrn Festredner, der so begeistert und gesprochen, ferner dem früheren Finanzminister Herrn Barthel. Doch die Anwesenden werden heute mehr von mir verlangen als eine bloße Dankesrede, darum will ich heute kurz die Frage beantworten, hat der christl. Metallarbeiterverband das gehalten, was er vor 10 Jahren versprochen hat, den Arbeiterstand ideell und materiell zu heben? Die heutige glänzende Versammlung beantwortet in ihrem Verlauf den ersten Teil der Frage genügend. Der Geist, von dem die Versammlung befeuert ist, das ganze Meieu zeigt, daß der Metallarbeiter heute etwas gilt, daß er sich auch seine gesellschaftliche Stellung erobern kann. Wahrheit, es ist eine große Kulturarbeit den Metallarbeiter, der vor der Welt des Lebens angeknüpft schaffte, der nach getauer Arbeit leicht zur Teilnahmslosigkeit neigt, für höhere Ziele zu gewinnen, ihn mit den Bestrebungen und ideellen Forderungen der Zeit vertraut zu machen. Weiter hat der Verband versprochen, die materiellen Forderungen des Arbeiters zu stützen. Wenn auch vielleicht vor 10 Jahren die Lage der Arbeiter anderer Erwerbszweige nicht viel besser war als die der Metallarbeiter, so versteht man das Bestreben nach Besserung, wenn man sich die schwere Arbeit des Hütten- und Walzwerksarbeiters vergegenwärtigt. Besserung ist schon mancherorts eingezogen, Besserung in materieller Beziehung, in Behandlung durch Vorgesetzte, in dem Schutz der Metallarbeiter. Der christl. Metallarbeiterverband war es, der den ersten Anstoß zum Schutz der Hüttenarbeiter gab. Politisch und konfessionell neutral wollte der Verband sein, bis auf dem Zufall auf dem er hat der Verband dieses Versprechen eingelöst. Nie ist der Verband von diesem Grundsatz abgewichen und wenn auch zuweilen von Gegnern das Gegenteil behauptet wird, so kann nie dafür ein Beweis erbracht werden. Die Neutralität auf konfessionellem Gebiete ist nie von uns verletzt worden. Wir können uns im deutschen Vaterland, wo wir mit starken Gegnern zu rechnen haben, nicht den Luxus erlauben, daß die christl. Weisheiten sich noch trennen. Nie ist das Gefühl Andersgläubiger verletzt worden und so wird es auch in Zukunft bleiben. Redner erinnerte dann besonders die Frauen an die Bedeutung des Verbandes für die Familie. Millionen hat er schon der Arbeiterklasse errungen, die der Familie zu Gute kommen. Eine Million allein hat er an Unterstützung gegeben. Mit dem Hinweis des Herrn Pfarrer Hermann, daß der christl. Gedanke sich auch auf sozialem Gebiet das Feld erobern würde, schlossen die begeisterten Ausführungen.

Die Festversammlung nahm bis zum Schluss einen vorzüglichen, erhebenden Verlauf. Die Musik wurde ausgeführt von der städtischen Kapelle, die ausgezeichnetes zu bieten wußte. Das höchste Lob verdienen die gesanglichen Darbietungen der Gesangsabteilung unserer Essener Ortsgruppe, die sich einschließlich des Dirigenten aus Verbandskollegen zusammensetzt. Den stimmungswalligen wackeren Sängern sei auch an dieser Stelle der wohlverdiente Dank ausgesprochen. Die Festversammlung wird allen Teilnehmern unvergeßlich sein und zweifellos dazu beitragen, die Gewerkschaftsarbeit im Duisburger Industriedistrikt erfolgreich zu befruchten.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909.

Das vergangene Jahr war für die christlichen Gewerkschaften sowohl in wirtschaftlicher wie politischer Hinsicht kein besonders glückliches. Der Tiefstand der Konjunktur machte erst in der zweiten Jahreshälfte einem allmählichen Aufstieg Platz. Die politische Situation erforderte durch verschiedene Fragen, insbesondere durch die Reichsfinanzreform, eine Unmenge Zeit und Kraft, um in geschlossener Abwehr den Angriffen der Gegner von allen Seiten abzuwehren. Bei dieser Sachlage ist das Ergebnis, das im Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für das Jahr 1909 (Zentralblatt Nr. 13 von 1910) zu Tage tritt, ein günstiges zu nennen. Die christlichen Gewerkschaften haben die wirtschaftliche Krise wie das politische Kampfsjahr 1909 verhältnismäßig gut überstanden; sie verfügten Ende 1909 wieder über annähernd die gleiche Mitgliederzahl, wie bei Beginn der Krise Ende 1907 und vermochten selbst in den beiden Jahren darniederliegender Konjunktur ihre Einnahmen noch um mehrere hunderttausend Mark zu steigern.

Den Jahresbericht, den wir nur im Auszug wiedergeben können, zeichnet eingangs kurz die wirtschaftliche Struktur des vergangenen Jahres. Eingehender wird dann die

politisch-parlamentarische Vertretung

der Interessen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung behandelt.

Infolge des Umstandes, daß erst seit wenigen Jahren christliche Gewerkschaftler den Parlamenten angehören, war das Verhältnis derselben zu den politischen Parteien einerseits und den christlichen Gewerkschaften andererseits noch keineswegs genügend geklärt. In der Agitation wurde seither gemeinhin von christlichen Arbeiterabgeordneten geredet, ohne daß man sich in weiten Mitteilungen und selbst Führerkreisen über diesen Begriff vollständig klar geworden war. So hatte sich weithin die Meinung herausgebildet, daß die den christlichen Gewerkschaften angehörenden Abgeordneten in allen die Arbeiterfrage interessierenden geistgeberischen Fragen ihre Direktiven lediglich von den christlichen Gewerkschaften entgegenzunehmen hätten.

So einfach liegen indes die Dinge nicht. Diese Möglichkeit wäre ohne weiteres gegeben bei dem Vorhandensein einer christlichen Arbeiterpartei. Eine solche existiert aber bekanntlich nicht und hat auch in Deutschland keine Aussicht, verwirklicht zu werden. Soziale und wirtschaftliche Ziele allein vermögen auf die Dauer keine ausreichende parteibildende Kraft auszuüben. Und in diesen und nationalen Fragen besteht zwischen der christlich-nationalen Arbeiterpartei und den Parteien, mit denen sie Fühlung hat, fast durchgehends Uebereinstimmung. Mit einer kleinen einflusslosen Fraktion wäre aber auch der christlichen Arbeiterpartei nicht gebietet. Und neben der Sozialdemokratie noch eine besondere Arbeiterpartei bilden zu wollen, liegt bei einem normalen Verlauf der innerpolitischen Entwicklung Deutschlands, weder im Bereich der politischen Möglichkeit, noch der parlamentarischen Zweckmäßigkeit. Gehören aber Mitglieder der christlichen Gewerkschaften den vorhandenen bürgerlichen Parteien an, so können sie, von den für die Arbeiterbewegung grundsätzlichen Fragen abgesehen, nicht immer in den politischen Situationen, die dem extremen Arbeiterklassenstandpunkt nicht zuzugun, ihre eigenen Wege gehen. Ein solches Verhalten könnte und würde sich auf die Dauer keine Partei bieten lassen. Wenn eine Fraktion ihren Mitgliedern häufiger Disziplinwidrigkeiten gestatten wollte, so könnten diese schließlich auch den Wählermassen nicht verwehrt werden. Wohin das führen würde, liegt auf der Hand. Ohne Disziplin, teilweise selbst eigner Disziplin, ist besonders in kritischen Situationen kein Organisations- und Parteigebilde zu fruchtbarer Arbeit fähig.

Nachdem man sich auch nicht einbilden, daß etwa Abgeordnete, die bei unangenehmen Situationen — und solche bleiben bei dem zerfallenen Parteiwesen in Deutschland; wo zu jeder Mehrheitsbildung 3, 4 und 5 Parteien notwendig sind, keiner Partei, die praktische Politik betreiben will, erspart — stets außerhalb der Reihe tanzen oder sich vorbetzeln suchen, zu parteipolitischem oder parlamentarischen Einfluß gelangen könnten. Eigenbrödel können im politischen Leben sich auf die Dauer ebenjowenig durchsetzen, als ihnen das in der Gewerkschaftsbewegung möglich ist. Und mit völlig einflusslosen Abgeordneten aus ihren Reihen wäre natürlich der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht im mindesten gebietet.

Ein nach dem vorher Gesagten nicht einmal empfehlenswerter Versuch der Bildung einer christlichen Arbeiterpartei würde die christliche Arbeiterbewegung von dem ablenken, was zunächst nottut: Konzentration der Kräfte zu energischer gewerkschaftlicher Arbeit und zur Sammlung größerer Massen. Die christliche Arbeiterbewegung ist noch viel zu jung, um ertragen zu können, daß in nächster Zeit noch mehr Kräfte politisch und parlamentarisch festgelegt und der Organisationsarbeit entzogen würden. Nicht damit lassen sich die Bestrebungen der christlichen

Arbeiterbewegung durchsetzen, daß einige Dutzend christliche Gewerkschaftler mehr oder weniger den verschiedenen Parlamenten und Gemeinderatsvertretungen angehören — daß einige Kollegen in allen Gesetzgebungsinstitutionen — zwischen ihnen, erscheint zweckmäßig und selbstverständlich —; viel bedeutender und wichtiger ist vielmehr, daß ein sozialer Umbauungsprozess herbeigeführt wird. Und dies wird umso eher gelingen, je mehr die christliche Arbeiterbewegung Massenbewegung wird, und je energischer und zielbewusster sich die Erzieherungs- und Bildungsarbeit unter der christlichen Arbeiterbewegung vollzieht. Was wir aussprechen wollten, ist: keine Unter-, aber auch keine Ueber-schätzung der parlamentarischen Tätigkeit.

Einstweilen konzentrieren die christlichen Gewerkschaften einmal ihre Kraft auf die Bessergestaltung der Arbeitsbedingungen. In dem Maße, in dem die christliche Gewerkschaftsbewegung Massenbewegung wird, steigt ganz von selbst auch ihr Einfluß im öffentlichen und gesellschaftlichen Leben. Dann wird er zweifellos auch nach den verschiedenen Richtungen hin noch weit mehr als bisher zugunsten der lohnarbeitenden Klassen in die Waagschale geworfen werden. Die Verstärkung ihres Einflusses suchen allerdings die christlichen Gewerkschaften auf einem anderen Wege zu erreichen, als auf demjenigen, den seither die Christen- und christlichen Gewerkschaften eingeschlagen. Diese glauben die Arbeiterinteressen dadurch am besten wahrgenommen zu haben, daß sie zu allen möglichen und unmöglichen Fragen in abgerundeten Resolutionen und Petitionen Stellung nahmen, um dann, wenn ihren Wünschen nicht entsprochen wurde, nach sozialdemokratischer Manier die „reaktionären Parteien“ herunterzumachen. Die christlichen Gewerkschaften dagegen suchen überall dazwischen zu dringen und in den jeweiligen Situationen, meistens ohne großen öffentlichen Spektakel, herauszuholen, was möglich ist.

Die christlich-nationale Arbeiterpartei hat sich aus schwerwiegenden Gründen ihre eigenen gewerkschaftlichen Organisationen geschaffen. Sie wollte ihre berufswirtschaftlichen Interessen mit Entschiedenheit wahrnehmen, ohne dabei zum Verräter an ihren religiösen und nationalen Idealen zu werden, für die der christlich denkende Arbeiter nicht minder große Opfer zu bringen bereit ist, wie für die Verbesserung seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage. In diesen Gedankengang kann man sich allerdings im sozialdemokratischen Lager so außerordentlich schlecht hineinfinden. Der Teil der Arbeiterpartei indes, der auf diesem Boden steht, muß und wird auf die Dauer zu der Erkenntnis kommen, daß es für ihn keine andere Möglichkeit gibt, als sich innerhalb der bestehenden Parteien politisch zu betätigen. Daß bei dieser Tätigkeit sich größere Schwierigkeiten aufstürmen, ist richtig. Aber schließlich ist es doch besser, man arbeitet an der Ueberwindung dieser Schwierigkeiten mit, als daß man sich nach dem politischen Rezept der Sozialdemokratie trozig isoliert und mit diesem Verhalten den Arbeitern nicht selten selbst den Weg zu praktischen Erfolgen verbarrikadiert.

Die sozialdemokratische Agitation betrachtet allerdings diesen Teil der Bestrebungen der christlichen Arbeiterpartei als „Halbheit und politische Hilflosigkeit“. Daß aber nach sozialdemokratischer Art, die an den Gegenwartsstaat hohe Forderungen stellt zur gleichen Stunde, wo sie demselben Gegenwartsstaat die Mittel zu seiner Existenz verweigert, dem Lohnarbeiterstand nicht zu politischen und gesellschaftlichen Einfluß verhilft wird, darüber wird man sich gerade unter den fähigsten Köpfen innerhalb des sozialdemokratischen Lagers mit jedem Tage klarer. Die so Denkenden vermögen sich indes gegenüber der Agitationsphrasen nicht durchzusetzen. Wir fragen ferner: wäre vielleicht den deutschen Arbeitern für die Gegenwart und die nächste Zukunft damit gedient, wenn sie geschlossen im sozialdemokratischen Lager und auf dem Boden der dotrindären sozialdemokratischen Politik ständen? Ganz im Gegenteil!

Die „Frankfurter Zeitung“ habe 1906 geschrieben: „Heute wird in Deutschland die Reichspolitik viel mehr durch die geringe Zahl kaiserlicher Arbeiter beeinflusst, als durch die ganze sozialdemokratische Masse; . . . sie (die christlichen Arbeiter. D. R.) bilden die eigentliche Stütze des Reichstagswahlrechts.“ Weiter fragt der Bericht im „Zentralblatt“, ob es etwa Zufall sei, daß die Schärpmacher und Reaktionen — also die extremsten Gegner der Arbeiter — der Tag geradezu herbeiziehen, an dem die christliche Gewerkschaftsbewegung von der Erde verschwinden bzw. in der sozialdemokratischen aufgehen möchte. Das „Berliner Tageblatt“ habe vor einigen Wochen von den scharfmacherischen Großindustriellen gesagt: „Aber inniger und herzhafter noch als die Sozialdemokratie haßen sie die christlichen Organisationen der Arbeiter. Denn sie haben ihnen das Konzept des Kampfes gegen den „inneren Feind“ verdorben.“ Ferner wird im Jahresbericht „an die Tatsache erinnert, daß schon manche sozialdemokratischen Arbeiterführer in kritischen Situationen froh waren, daß an großen entscheidenden Kämpfen neben sozialdemokratischen auch christliche Organisationen beteiligt waren“. Ehrliche Sozialdemokraten solten diese Gesichtspunkte einmal auf sich einwirken lassen, dann würden sie in manchen Fragen zu einer gerechteren Beurteilung der christlichen Gewerkschaften gelangen, auch dann, wenn deren Verhalten von dem sozialdemokratischen Schema abweicht. — Wir fürchten, daß es von dieser Sorte Sozialdemokraten sehr wenige geben wird.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat in den letzten Jahren wieder Zuwachs erhalten. Ende 1908 entstanden für das Gebiet der preussisch-berlinerischen Staatsangehörigenvereinigungen und Ende 1909 für Württemberg neue Verbände von Staatsangehörigen und -arbeitern; beide Organisationen haben sich alsbald nach ihrer Gründung dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. — Weiter ist im Berichtsjahre

der Reichsverband Deutscher Kettner- und Schneidervereine dem Gesamtverbande beigetreten.

Mitgliederverhältnisse.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen war analog der wirtschaftlichen Verhältnisse in der ersten Hälfte des Berichtsjahres noch stagnierend, während sich gegen Ende des Jahres eine erhebliche Zunahme bemerkbar machte. Daher ist auch der größere Unterschied in der Jahresdurchschnittszahl und der wirklichen Mitgliederzahl am Jahresabschluss zu erklären. Wie schon in der vorigen Nummer kurz mitgeteilt, zählten die christlichen Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt des Berichtsjahres 270 751 Mitglieder gegen 264 519 im vorausgegangenen Jahre, was eine Zunahme von 6 232 = 2,3 % bedeutet. Bis zum Schluß des Jahres 1909 dagegen stieg die Mitgliederzahl auf 280 061 gegen 260 767 um dieselbe Zeit des Vorjahres, so daß in Wirklichkeit die Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909 19 294 = 7,3 % betrug.

Die Zahlen der einzelnen Berufsverbände sind aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Organisation:	Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt		Mitgliederzahl am 31. Dez. 1909
	1908	1909	
Bergarbeiter	75 250	78 619	81 734
Bauarbeiter	35 702	34 418	35 479
Textilarbeiter	87 761	80 263	80 451
Bayerische Eisenbahner	26 116	27 955	28 017
Metallarbeiter	26 427	24 197	24 002
Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arb.	14 212	14 498	13 752
Deutsche Eisenbahnhandw. u. Arb.	—	8 920	11 640
Holzarbeiter	11 043	11 165	11 312
Feinarbeiterinnen	5 815	6 229	6 478
Tafelarbeiter	5 551	5 567	6 016
Keramiker	4 883	5 721	5 974
Lebendarbeiter	3 903	4 443	4 198
Schneider	3 785	3 890	3 488
Wäler	3 361	3 345	3 506
Telegraphenarbeiter	2 737	3 322	3 414
Gutensberg-Bund	2 873	2 916	2 931
Graphische Gewerbe	1 597	1 454	1 462
Krankensieger	1 344	1 300	1 374
Lehrer	—	1 175	1 220
Nahrungsmittelindustrie	869	1 211	1 021
Feinarbeiter Maschinen	1 167	—	—
Gärtner	791	703	723
Württembergische Eisenbahner	—	—	1 891
	264 519	270 751	280 061

Die außerhalb des Gesamtverbandes stehenden Verbände, die lange Jahre selbst als christliche Berufsorganisationen ausgesprochen werden wollten und alljährlich an das Generalsekretariat des Gesamtverbandes über ihre Mitgliederentwicklung und Finanzgebarung berichteten, bleiben bei dem diesmaligen Bericht erstmals ausgeschaltet. In den Agitationsgebieten des Verbandes deutscher Eisenbahnhändler und Arbeiter und des württembergischen Eisenbahnerverbandes haben sich in der Zwischenzeit Sonderverbände gebildet, die ihren Anschluß an den Gesamtverband tätigen, während der Verein zur gegenseitigen Hilfe in Oberschlesien, als er bereits vor dem vollständigen Zusammenbruche stand, sich mit der polnischen Berufsvereinigung fusionierte. Diese Organisation, die vor neun Jahren schon 15 000 Mitglieder zählte, könnte heute, wenn ihr eine energische, zielbewusste Leitung vorgestanden und sofern sie sich schon vor Jahren dem Gesamtverband angeschlossen hätte, in Oberschlesien eine dominierende Stellung einnehmen. Durch die verkehrte, kurzfristige Politik dieses Verbandes mitverschuldet, gleicht heute Oberschlesien einem organisatorischen Trümmerhaufen und befindet sich, die dortige Arbeiterpartei sowohl in sozialer wie rechtlicher Hinsicht in einer geradezu jammervollen Lage. Nirgends in Deutschland hat sich eine verkehrte Organisationspolitik so gerächt wie in Oberschlesien.

Auch der Verband der bayerischen Eisenbahner ist durch seine isolierte Stellung in eine auf die Dauer unheilbare Situation geraten. Er schwankt schon seit Jahren zwischen unangebrachtem Wortradikalismus und zeitweise ebenso unangebrachtem Verwikismus hin und her, ohne in dieser Stellung wesentliche Vorteile für seine Mitglieder erzielen zu können. Man braucht kein Prophet zu sein, um vorzusagen zu können, daß der Verband einer stets unhaltbareren Lage entgegengeht, die schließlich unvermeidlich zur Krise führen muß.

Der Verband des bayerischen Post- und Telegraphenpersonals hat sich von den Organisationen der Staatsangestellten am besten erhalten und entwickelt; die weit aus größere Hälfte der Mitglieder ist auch schon längst für den Anschluß an den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften; diese wurde lediglich deshalb noch nicht getätigt, weil begründete Aussicht besteht, daß in absehbarer Zeit in der Anschlußfrage innerhalb des Verbandes eine einheitliche Auffassung herbeizuführen ist.

Ueber die Massenverhältnisse, Lohnbewegungen und Erfolge der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909 in einem weiteren Artikel in nächster Nummer.

Reichsversicherungsordnung.

In der 16. Kommission des Reichstags wird diesen Sommer über die Reichsversicherungsordnung beraten. Eines von den 6 Büchern, Behördenorganisation und allgemeine Vorschriften, ist in erster Lesung durchberaten, auch schon ein Teil vom zweiten Buch.

Die Versicherungsämter in der von der Regierung vorgeschlagenen Form wurden nicht akzeptiert.

Nach dem Vorschlage der Regierungen sollten solche Ämter selbständig oder bei den unteren Verwaltungsbehörden errichtet werden. Sie sind gedacht als gemeinsamer Unterbau für die verschiedenen Versicherungsarten. Die öffentlichen Behörden der Reichsversicherung sollten sein: Versicherungsämter, Oberversicherungsämter und das Reichsversicherungsamt. Auch Landesversicherungsämter, wie sie in Bayern und einigen anderen Bundesstaaten bereits bestehen, sollten zulässig sein.

Die Versicherungsämter haben die Geschäfte der Reichsversicherung als untere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde wahrzunehmen und Auskunft in Angelegenheiten der Reichsversicherung zu erteilen. Sie können die Versicherungsträger in deren Angelegenheiten unterstützen. Auch können ihnen die Landesregierungen noch andere Aufgaben aus der knappschaftlichen Versicherung übertragen. Das Versicherungsamt soll in der Regel für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbehörde errichtet werden. Die Oberversicherungsämter bilden die höhere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde. Sie sind in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde vorgesehen und treten mit einem Teile ihrer Aufgaben an die Stelle der gegenwärtigen Schlichtergerichte für Arbeiterversicherung. Endlich soll das gesetzliche Reichsversicherungsamt als oberste Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde übernommen, aber durch die Landesversicherungsämter für einen großen Teil der Versicherungsfälle ersetzt werden.

Die Aufgaben der Versicherungsämter sind:

1. Allgemeine Aufgaben für alle Zweige: Leitung der Wahl der Versicherungsvertreter; Anordnung, betr. Wohnortstriniker; Gutachten bei Festsetzung des Ortslohnes; Entscheidung bei Erbschaftsprüchen und anderen Spruchfachen.
2. Aufgaben für die Krankenversicherung; Aufsicht über die Kassen und Kassenverbände; Mitwirkung bei der äußeren Organisation der Kassen; Entscheidung in Streitigkeiten und auf Beschwerden; Befähigung von Kassenbeamten bei Streit; Genehmigung der Krankenkassen; Festsetzung des Wertes der Mob- und Hülfsstoffe bei Hausgewerbetreibenden; Befugnis in Strafsachen.
3. Aufgaben aus der Unfallversicherung: Teilnahme an der Unfalluntersuchung; Entscheidung im Spruchverfahren; Entscheidung einzelner Streitigkeiten; Mitwirkung bei Aufnahme der Betriebe, dem Betriebsverzeichnis, Prämienzahlung usw.; Festsetzung von Geldstrafen; Anordnung der Haftung von Bauherren; Verteidigung von technischen Aufsichtsbearbeitern usw.
4. Aufgaben für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung; Entscheidung auf Anträge, Beschwerden, Streitigkeiten; Beteiligung an der Ueberwachung; Befugnisse in Strafsachen; Vorbereitung des Bescheides.

Nach der Begründung zur Regierungsvorlage sollten etwa Tausend Versicherungsämter errichtet werden. Die Mehrkosten dafür wurden auf 6-7 Millionen Mark berechnet.

Bei der Kostenfrage setzte nun die Opposition ein. Man sprach von einem bureaukratischen Apparat, von einem Ausmaß von 12, 20 ja 40 Millionen Kosten. Auf Grund angeordneter Sticherhebungen wurde von Regierungsseite ganz energig bestritten, daß die Einrichtung von Versicherungsämtern 12 oder gar 20 Millionen Mark kosten würde. Die Versicherungsämter sollten lediglich die Aufgaben übernehmen, die jetzt von allen möglichen Behörden erfüllt werden. Der Reichstag hat auch wiederholt die Schaffung eines gemeinsamen Unterbaues für die Versicherungen verlangt; es sollte eine Stelle geschaffen werden, die geschäftsmäßig und sachgemäß die Versicherungsangelegenheiten erledigt. Jetzt müssen die Versicherter von einem Amt zum andern laufen, haben unnötige Gänge, Schereereien und Kosten und schließlich Termin- und Fristverfall mit Verlust ihrer Ansprüche. Dinge und Wirlungen, die verbittern und Haupt- und Nebenbestand unserer Sozialversicherung teilweise hinfällig machen. Mit der Einrichtung von Versicherungsämtern, an deren Spitze ständige Amtmänner gestellt werden sollten, würde zweifellos eine Vereinfachung des Verfahrens und eine schnellere und deshalb billigere Erledigung der Versicherungsangelegenheiten ermöglicht. Doch einzelne Versicherungsträger, insbesondere die Unfall-Versicherungsvereine fürchteten die Einrichtung einer unparteiischen Behörde, bei denen außer Arbeitgeber und Vertreter der Arbeiter mitwirken sollen. Sie wollen auch fernherin selbst und in eigener Sache entscheiden. Daher die Opposition gegen die Versicherungsämter, gegen die man weite Kreise dadurch einzunehmen bestand, daß man sie als bureaukratische Einrichtungen bezeichnete, die ungeheure Summen kosten würden. Die Gegner der Versicherungsämter haben einstellweilen gefiegt. Nach dreitägigen Auseinandersetzungen lehnte die Mehrheit der Kommission die Einrichtung selbständiger Versicherungsämter ab.

Statt der selbständigen Ämter Abteilungen

wurden bei den unteren Verwaltungsbehörden vorgeschrieben. Der hier in Frage kommende hauptsächlichste Teil des § 34 lautet nunmehr: „Bei jeder unteren Verwaltungsbehörde wird eine Abteilung für Arbeiterversicherung (Versicherungsamt) errichtet. Diese sollen nun die Geschäfte der Reichsversicherungsordnung besorgen. Vorübergehend ist nun aber nicht der selbständige und unabhängige Versicherungsamtmann, sondern der Leiter der unteren Verwaltungsbehörde. Eine Konzession wurde jedoch gemacht: Es kann ein Stellvertreter, der durch Vorbildung oder Erfahrung auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung geeignet ist, bestellt werden. Die Bestimmungen über die Versicherungsvertreter

Bestimmungen über die Versicherungsvertreter

sind im wesentlichen beschaffen worden. Darnach sind in den vom Gesetz bestimmten Fällen Versicherungsvertreter als Beisitzer beim Versicherungsamt zu berufen. Sie werden je zur Hälfte aus Arbeitgebern und aus Versicherten entnommen. Auf Grund eines Beschlusses der Reichsversammlung bestimmt: Die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Ein Antrag, auch die direkte Wahl anzuordnen in der Weise, daß die im Bezirke einer Versicherungsabteilung (untere Verwaltungsbehörde) wohnenden Versicherten die Vertreter wählen, wurde leider abgelehnt. Es geschah das zum Teil im Hinblick auf die Mangelhaftigkeit des von den Sozialdemokraten gestellten Antrages.

Unsere Kollegen Becker und Schirmer kündigten für die zweite Lesung einen verbesserten Antrag zur Einführung der direkten Wahl an, die dann in Verbindung mit dem Proporz, auch den weiblichen Mitgliedern eine entsprechende Vertretung zu sichern, geeignet sein wird. Hoffentlich findet er eine Mehrheit.

Das Wahlverfahren,

wie es jetzt vorgeschrieben ist, ist äußerst kompliziert und weder die Behörden noch die Versicherten können sich über die diesbezüglichen Vorschriften rasch klar werden. Die Versicherungsvertreter werden von den Vorstandsmitgliedern der Krankenkassen gewählt, die im Bezirke des Versicherungsamts mindestens 50 Mitglieder haben. An der Wahl nehmen weiter Teil die Vorstandsmitglieder der Knappschaftskassen und der Gewerkschaften und die 50 außerhalb des Bezirkes festhaften Kassen, sofern diese 50 Mitglieder im Bezirke haben. Die Wahl geschieht schriftlich. Die oberste Verwaltungsbehörde erläßt eine Wahlordnung. Die Wahlordnung kann die Stimmabgabe auf Vorschlagslisten beschränken. Es folgen noch einige weitere Bestimmungen, die nichts weniger als eine „freie Wahl“ sichern. Es wird verlangt, daß mindestens ein Drittel der Vertreter am Sitze des Versicherungsamts oder doch nicht mehr als 10 Kilometer davon entfernt wohnen, und daß bei der Wahl die hauptsächlichsten Erwerbszweige, insbesondere die Landwirtschaft und die verschiedensten Teile des Bezirkes berücksichtigt werden sollen. Späte schon ein „Profi“ demjenigen Wahlleiter, der es fertig bringt, all diesen Bestimmungen zu genügen.

Wie viele Wahlanfechtungen wegen „Nichtbeachtung bestehender Vorschriften“ werden da wohl möglich werden? Eine Aenderung der Wahlvorschriften im Sinne einer direkten, geheimen Wahl der Vertreter bei den Versicherungsämtern erscheint also dringend geboten; für die Wahl zu den Oberversicherungsämtern und zum Reichsversicherungsamte wollen wir die direkte Wahl nicht einmal wünschen. Ist die erste Wahl direkt, dann können die aus der direkten Wahl hervorgegangenen Vertreter sehr wohl den Wahlkörper für die Vertreter zu den höheren Ämtern bilden. Dadurch wird das Wahlverfahren vereinfacht und verbilligt. — Inbezug der

weiteren Versicherungsbehörden

hat die Kommission es in der Hauptsache bei den Vorschlägen der Regierung belassen: es bleibt das Oberversicherungsamt als höhere Spruch-, Beschluß- und Aufsichtsbehörde, sodann das Reichsversicherungsamt. Die für die von Reichs-, Staats- oder Gemeindebetrieben gebildeten Kasseneinrichtungen vorgesehenen Sonderversicherungen wurden gestrichen, ebenso die Landesversicherungsämter.

Nicht nur die Behördenorganisation regelt das erste Buch, sondern es enthält auch sonstige allgemeine Vorschriften, so auch solche hinsichtlich der ärztlichen Behandlung.

Die Bestimmung, daß die ärztliche Behandlung nur durch approbierte Aerzte erfolgen soll, wurde angenommen. Nicht aber die Vorschrift, daß Zahntechniker, Heilgeschilfen usw. nur dann zur Hilfeleistung herangezogen werden dürfen, wenn der approb. Arzt dies anordnet. Die Kommission beschloß vielmehr, daß Zahntechniker mit Ausschluß von Mund- und Kieferkrankheiten auch durch Zahntechniker behandelt werden können. Weiter wurde der obersten Verwaltungsbehörde das Recht eingeräumt, zu bestimmen, unter welchen Voraussetzungen auch Heilgeschilfen, Bader, bei Zahnkrankheiten zur selbständigen Hilfeleistung herangezogen werden dürfen. Ueber die eigentliche Arztfrage, ob die Aerzte die Krankenkassen ganz in ihre Hände bekommen sollen, ob die freie Arztwahl eingeführt und ob den Aerzten das Streikrecht eingeräumt werden soll, darüber ist eine Entscheidung noch nicht gefallen. — An Stelle des

ortsüblichen Tagelohns

ist der Ortslohn getreten. Dieser wird aber in Zukunft nicht mehr von der unteren Verwaltungsbehörde festgesetzt, sondern von dem Oberversicherungsamt, bei dem Arbeitgeber und Arbeiter berechtigt sind. Die Arbeiter bekommen also einen direkten Einfluß bei Festsetzung dieser Löhne. Außerdem werden in Zukunft nicht mehr nur zwei, sondern drei Altersgruppen gebildet. Die diesbezügliche Bestimmung lautet: Der Ortslohn wird für Männer und Frauen, für Versicherte unter 16, für solche von 16 bis 21 Jahren und für diejenigen, die 21 Jahre alt sind, besonders festgesetzt. Dadurch können die Lohnunterschiede besser berücksichtigt werden, insbesondere auch im Interesse der Verheirateten. Statt des Ortslohnes den Individuallohn als Maßstab für Leistung und Gegenleistung gelten zu lassen, stehen große Schwierigkeiten entgegen. Die große Verschiedenheit des Lohnes, die Schwankungen in der Lohnhöhe, macht das fast unmöglich oder führt doch zu komplizierten Rechnungen und zur Vielschreiberei. Die Kosten der Versicherung würden außerordentlich erhöhen. Dazu kommt, daß viele Arbeiterkategorien, insbesondere die Saisonarbeiter bei Anrechnung des Individuallohnes direkt geschädigt würden.

Bei Beratung des zweiten Buches, Krankenversicherung, hat die Kommission eine erhebliche Erweiterung des Kreises der Versicherungspflichtigen, wie der Versicherungsberechtigten bereits beschlossen.

Für den Fall der Krankheit werden versichert 1. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Dienstboten, 2. Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker sowie andere in gehobener Stellung befindliche Angestellte sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet, 3. Handlungsgehilfen und Lehrlinge in Apotheken, 4. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert ihrer Leistungen, 5. Lehrer und Erzieher, 6. Hausgewerbetreibende, 7. die Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge, sowie die Besatzung von Fahrzeugen der Binnenschifffahrt.

Voraussetzung der Versicherung ist für die unter Nummer 1 bis 5 und Nummer 7 Bezeichneten mit Ausnahme der Lehrlinge, daß sie gegen Entgelt beschäftigt werden, für die unter Nummer 2 bis 5 Bezeichneten sowie für Schiffer außerdem, daß nicht ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2500 M. an Entgelt übersteigt. Bisher war der Satz 2000 Mark. Nach Beratung des zweiten Buches werden wir über die geängsten Beschlüsse im Zusammenhang berichten. S. P.

Konferenz des Bezirke Süddeutschland.

Unsere diesjährige Konferenz fand in Triberg am 12. Juni statt. Am Abend vorher sprach Kollege Wieder in einer öffentlichen Versammlung über die Ursachen des Auf- und Niederganges im Wirtschaftsleben. In interessanter Weise schilderte er die Umstände, von denen die Lage der Industrie abhängig ist. Nicht immer sei Ueberproduktion die Ursache des wirtschaftlichen Niederganges. Von einer solchen könne eigentlich kaum die Rede sein, so lange es noch Tausende von Menschen gibt, die sich unter Entbehrung der notwendigsten Gebrauchsgüter durchs Leben schlagen müssen. Vielfach steht die Spekulation der Börsenmänner dahinter. Wenn irgendwo, so gelte hier der Satz, daß aus dem Glend des Einen, der Andere seinen Nutzen zieht. Aktien und Kurse würden künstlich in die Höhe getrieben, um sie dann mit enormen Gewinn zu verkaufen. Wenn dann die Reaktion einsetzt, gehen Tausende und Abertausende für diejenigen verloren, die diese künstlich verteuerten Anteilscheine mit hohen Summen an sich brachten und mancher Geschäftsmann sei dadurch zum Bankrott gebracht worden.

Gerade dieser Umstand wesse wie kein anderer darauf hin, daß die Arbeiter und die Unternehmer alle Ursache hätten, sich gegenseitig zu verständigen und gemeinsam die Industrie demgegenüber zu stellen. Wenn aber wie Arbeiter nicht allein die Leidtragenden in diesem Auf- und Nieder des Wirtschaftslebens sein wollen, müssen sie sich noch mehr wie bisher den Gewerkschaften anschließen. Nach kurzer Diskussion wurde die gut besuchte und schon verlaufene Versammlung geschlossen.

Die Vertreter der Ortsgruppen versammelten sich am Sonntag vormittag in der Krone. Um 11 Uhr eröffnete Kollege Kuhn die Konferenz. Aus dem Berichte der Bezirksleitung sei folgendes wiedergegeben:

An Unterstützungen veranlassen in letzten Jahren von den Ortsgruppen ausbezahlt: Bei Arbeitslosigkeit 12 206,78 Mark; bei Krankheit 11 683,19 Mark; an Streikunterstützung 7 155,86 Mark; Maßregelungsunterstützung 164 M. Die anderen Unterstützungsarten wie Rechtschutz; Steuerbegelder usw. beanspruchten die Summe von 1995 Mark. Insgesamt wurden 55 114,53 Mark an Unterstützung verausgabt. An die Zentrale wurde geschickt 20 881,35 Mark — Von dort zurück als Zuschuß für Unterstützungen erhielten die Ortsgruppen 6 981,95 Mark. Außerdem mußten an die Bezirksleitung noch größere Summen Zuschuß geleistet werden.

Der Bezirk umfaßt 31 Ortsgruppen mit 2263 Mitgliedern. Trotdem von Seiten der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in der Reichszeit geradezu eine infernalische Hege gegen unsern Verband getrieben wurde, ist ein erfreuliches Vorwärtsschreiten zu konstatieren.

Zur Abwehr von Verschlechterungen und zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren 8 Lohnbewegungen und Streiks nötig. Davon waren 5 mit und 2 ohne Erfolg. Eine Bewegung ist noch nicht eriebt.

Außerdem fanden mehrmals Verhandlungen mit Unternehmern statt, vorwiegend wegen Einführungen von neuen Arbeits- und Werkstattordnungen, wodurch verschärfte geplante Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse vorgebeugt werden konnte.

In der Uhrenindustrie wurden statistische Erhebungen veranstaltet über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Ausfüllung der Fragebogen hätte von Seiten der Mitglieder etwas sorgfältiger und zahlreicher geschehen können. Es ergibt sich aus den richtig beantworteten Fragebogen folgendes Bild:

Einen durchschnittlichen Wochenverdienst haben: Vorarbeiter 33,30 Mark, Metallbrücker 24,22 Mark, Heizer, Schloffer und Mechaniker 23,88 Mark; Metalldreher 24,50 Mark; Stanzer 18,25 Mark, Schleifer und Polierer 23,85 Mark; Uhrmacher und Kontroleure 22,92 Mark, ungelernete Arbeiter 19,21 Mark, Arbeiterinnen über 16 Jahren 11,10 Mark, jugendliche Arbeiterinnen 6,52 Mark, jugendliche Arbeiter 7,23 M., der durchschnittliche Wochenverdienst im allgemeinen beträgt 19,92 M., der durchschnittliche Wochenverdienst der Arbeiter 20,85 und derjenige der Arbeiterinnen 10,62 M.

Nach der Aufstellung hat der vierte Teil der an der Statistik beteiligten Arbeiter ein Jahresverdienst von weniger als 900 M., fast alle Arbeiterinnen einen solchen von weniger als 600 M. Die Hälfte der Arbeiter verdient pro Jahr bis 1000 M. jährlich und nur ein Viertel verdient 1200 bis 1300 M. Daraus geht zur Genüge hervor, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Uhrenindustrie alle Ursache hätten, sich mehr um ihre wirtschaftliche Organisation zu kümmern, damit auch in ihren Betrieben die Löhne gebessert werden könnten.

Von den 31 Ortsgruppen des Bezirke zählen 5 einen Lokalbeitrag von 5 Pfg., 5 einen solchen von 10 Pfg. und 1 einen solchen von 15 Pfg. Gewäre es an der Zeit, wenn die übrigen 20 Ortsgruppen dem Beispiel der ersteren folgen würden und ebenfalls einen Lokalbeitrag einführen wollten.

Die Diskussion über den Bericht war eine sehr rege. Ueber den Streik in Badijch-Rheinfelden und die sich daran anschließende Agitationshege der

Sozialdemokraten wurde des längeren debattiert. Der Vertreter der Ortsgruppe Badisch-Rheinfelden...

Die Mitglieder der Ortsgruppe Badisch-Rheinfelden des christl. Metallarbeiterverbandes bringen dem früheren Bezirksleiter Engel nach wie vor festes Vertrauen entgegen.

Nachdem die Diskussion über den Geschäftsbericht geschlossen war, wurde die Wahl des Bezirksausschusses getätigt. Gewählt wurden die Kollegen Gustav Hilfinger, Stuttgart, Christian Seigel, Wasseralfingen, Gustav Adolf Hesselshwerdt, Bfingheim, August Müller, Bfingheim, Thomausung, Schramberg.

Kollege Wieber sprach sodann in längerer Ausführung über den weiteren Ausbau und die Festigung unseres Bezirks. Wenn die Kollegen in allen Ortsgruppen ihre Pflicht tun in der Agitation...

Nachdem Kollege Ruhn noch kurz darauf hingewiesen hatte, daß die Kollegen die Anregungen, die auf der Konferenz gegeben worden sind, auch in die Tat umsetzen müssen...

Gewerkschaftliches.

Das gemeinsame Vorgehen der Organisationen

Bei Bewegungen ist beim heutigen Stand der Arbeiterbewegung in Deutschland eine zwingende Notwendigkeit, wenn die Interessen der Arbeiter vollständig gewahrt und ihren berechtigten Bestrebungen der nötige Nachdruck verliehen werden soll.

Um so angenehmer muß es berühren, wenn in andern Berufen ein besseres Verhältnis besteht und bei den dortigen sozialdemokratischen Führern eine vernünftige und gerechtere Anschauung über die notwendigen Zusammenarbeit mit den christlichen Gewerkschaften Platz gegriffen hat.

Wenn das Gerücht entstanden sei, zwischen den beiden tagenden Verbänden (vereinigte Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter) und dem Zimmererverbande beständen Differenzen, so könne er nur erklären, daß sie mit den Funktionären des Zimmererverbandes bei allen Maßnahmen taktischer Art und auch bei allen Verhandlungen immer einer Meinung waren.

Diese objektive, vom Arbeiterinteresse diktierte Stellungnahme des ersten Bauarbeiterführers im sozialdemokratischen Lager können sich manche verantwortlichen Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes als nachahmenswertes Beispiel dienen lassen.

Fratischen Führer aber die christlichen Metallarbeiter nicht aus Gerechtigkeitsgründen und Arbeiterjohannisität anerkennen wollen, so werden wir uns diese Anerkennung zu erkämpfen wissen.

Wer ist der Verband?

Ein treues Verbandsmitglied schreibt unserem Bruderorgan vom bayerischen Eisenbahnerverband: Wer ist der Verband? Eine recht sonderbare Frage, nicht wahr - und trotzdem sehr berechtigt.

Es ist falsch, in letzterem Falle den Verband als solchen für den Mißerfolg verantwortlich zu machen und zu sagen: Der Verband hat keinen Wert, oder: Für uns hat der Verband noch nichts getan - nein, auch hier gilt das Sprichwort: Wie die Saat, so die Ernte.

Darüber muß man sich einmal allüberall klar werden, daß weder die Vorstandschaft oder der Redakteur die Sekretäre oder die Obmänner und Vertrauensmänner der eigentliche Verband sind.

„Wir brauchen keine Organisation.“

Mit diesem Schlagwort suchen die Unorganisierten ihre Haltung gegenüber den organisierten Berufskollegen zu entschuldigen und lassen sich von diesen die Kastanien aus dem Feuer holen.

Auf die Ankündigung einer Lohnreduzierung wurde eine Betriebsbesetzung einberufen. Während die organisierten Kollegen unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Wirtschaftslage sachgemäß über die Möglichkeit der Abwehr dieser Lohnkürzung berieten, setzten sich die Unorganisierten über detariige Bedenken hinweg und erklärten, sie ließen sich überhaupt nichts abgehen.

Aus diesen Vorgängen kann man wieder sehen, von welcher Bedeutungsteil die Unorganisierten in unserm Wirtschaftsleben sind. Es würde heute schlimm stehen um die Arbeiterschaft, wenn wir keine Gewerkschaften hätten.

Streiks und Aussperrungen im Jahre 1909.

Die Besserung der Konjunktur im Jahre 1909 im Vergleich zum Vorjahre kommt sowohl in der Zahl der Streiks, als auch in der Art derselben und in ihren Resultaten zum Ausdruck.

Streiks fanden nach dem Ergebnisse des kaiserlich Statistischen Amtes im Jahre 1909 1537 statt, 190 nicht als im Vorjahr. Beteiligt waren daran 4811 Betriebe mit 253 831 Arbeitern.

Von den 1537 Streiks waren 1339 (86 Proz.) Angriffs- und 207 (13,5 Proz.) Abwehrstreiks. In den ersten beteiligten sich 75 061 (77,4 Proz.), an letzteren 21 861 (22,6 Proz.), der Streikenden. Da im Jahre 1908 die Angriffsstreiks 82,1 Proz., die Abwehrstreiks dagegen 17,9 Proz. ausmachten, so bestätigt auch ein Vergleich dieser beiden Jahre die Erfahrungstatsache, daß in Zeiten günstiger Geschäftslage die Angriffsstreiks sich mehrern, in solchen ungünstigen Geschäftslage sich vermehren.

Mehr als ein Drittel aller Streiks (39,4 Proz.) und zugleich auch mehr als ein Drittel aller Streikenden (35 Proz.) entfiel auf das Baugewerbe. Erst in weitem Abstande kommen dann der Bergbau (9,9 Proz.) und die übrigen Gewerbe. Die Textilindustrie figuriert mit 61 Streiks und 699 (4,1 Proz.) an fünfter Stelle.

Von den 1537 Streiks hatten 283 gleich 18,4 Proz. vollen, 520 gleich 33,8 Proz. teilweisen und 734 gleich 47,8 Proz. reinen Erfolg. Von gar keinem Erfolge kann in der Regel gar nicht die Rede sein, da ein Streik, der von den Arbeitern ohne indirekten Erfolg aufgegeben wird, späterhin doch mehr oder weniger „freiwillig“ Zugeständnisse der Unternehmer im Gefolge hat.

An Aussperrungen wurde im Jahre 1909 115 beendet; sie erstreckten sich auf 1749 Betriebe und betrafen 22 924 Arbeiter. Da im Vorjahre 175 Aussperrungen beendet wurden, so ergibt sich eine erhebliche Verringerung.

Von den Aussperrungen hatten 47 gleich 40,9 Proz. vollen Erfolg, 59 gleich 51,3 Proz. teilweisen Erfolg, 9 gleich 7,8 Proz. keinen Erfolg. Die Dauer der Ausschließung schwankte zwischen 1 und 10 Tagen. Im ganzen wurden 49,7 Arbeiter von der Ausschließung betroffen, davon waren unter 21 Jahren 346 Arbeiter.

Das Gesamtergebnis der Streikbewegung im Jahre 1909 läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß die Streikriffer infolge der günstigeren Geschäftslage in die Höhe ging und daß das Ergebnis für die Streikenden im Vergleich zum Vorjahre ein günstigeres war.

Den Schwannengesang

Singt der Solinger „Stahlwarenarbeiter“ Nr. 26 dem sozialdemokratischen Schmiederverband, der endlich reif geworden ist, um in großen Mägen des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu verschwinden.

„Der Zentralverband der Schmiede hat auf seiner letzten Generalversammlung im Prinzip den Beitritt zum deutschen Metallarbeiterverband beschlossen. Die sozialdemokratische Parteipresse feierte den Beschluß als ein freundliches Ereignis und bot aller Anlaß vorhanden gewesen, Trauerkleider anzulegen.“

Sätze der Zentralverband im Kampfe mit den Unternehmern seine Lebenskraft verloren, so wäre das ein ehrenvoller Tod für ihn gewesen. Aber er erlag den Feindseligkeiten der Bruderorganisation, die eines der traurigsten Kapitel der deutschen Gewerkschaftsbewegung bilden.

Noch ist der Uebertritt zum Metallarbeiterverband nicht vollzogen. Eine Abstimmung soll erst noch entscheiden, noch hängen sich auch die Schmiede an den Strohhalm, der Metallarbeiterverband werde ihnen Bestimmungsgerecht bei Lohnbewegungen und eine eigene Branchalleitung zubilligen. Jede andere Organisation würde dem Wunsch der Schmiede erfüllen. Der Metallarbeiterverband wird es nicht tun; selbst wenn er es wollte, könnte er es nicht. Es ist für ihn zu spät!

Der „Stahlwarenarbeiter“ geht dann näher auf die Zustände im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband und die dort betriebene Agitationsmethode ein. In Solingen hätten die Führer des Metallarbeiterverbandes eine kürzlich gemeinsam geführte „Lohnbewegung“ dazu benutzt, von den Mitgliedern des Industriearbeiterverbandes unter Vorlegung falscher Tatsachen Angaben zu erlangen, die im eigenen Interesse keine Organisation freiwillig dem Metallarbeiterverband mauer wird.“ Diese Tatsache will der „Stahlwarenarbeiter“ nur niedriger hängen und läßt dann fort:

„Wenn man im Metallarbeiterverband mit solchen Mitteln auch gegen andere Organisationen kämpft, dann braucht man sich über die Zunahme seiner Mitgliederzahl nicht wundern. Das ist aber keine ehrliche Konkurrenz, sondern etwas, das wir mit einem parlamentarischen Ausdruck nicht näher bezeichnen können.“

Und zum Schluß kommt in Sperreindruck ein geharnischter Appell an die Solinger Stahlwarenarbeiter zum Zusammenschluß im lokalen Industriearbeiterverband. — Das klingt wie eine neue Kriegserklärung, jedoch es wahrscheinlich ist, daß der Kampf unter den feindlichen Brüdern in Solingen demnächst wieder schärfere Formen annehmen wird. Abgesehen davon verdient aber festgehalten zu werden, wie eigene Genossen die Agitationsmethoden des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes beurteilen.

Aus dem Unternehmerlager.

Die deutschen Arbeitgeberverbände am 1. Januar 1910.

Das kaiserliche Statistische Amt hat seine dannemerkenswerten Erhebungen über die deutschen Arbeitgeberverbände sorgfältig fortgesetzt und legt im „Reichs-Arbeitsblatt“ (Nr. 5) nun die Ergebnisse für den Beginn des Jahres 1910 vor. Noch schärfer als vor einem Jahre hat das Amt die reinen Arbeitgeberverbände aus der Fülle von Unternehmerverbänden, die allgemeinen wirtschaftlichen Zwecken dienen, herauszufinden gesucht.

Die Verbände gemischter Art, die neben der Behandlung der Arbeiterfragen anderen Aufgaben sich widmen, hat das Amt natürlich in den Kreis der eigentlichen Arbeitgeberverbände einbeziehen müssen; ebenso diejenigen Vereine, die zur Erzielung der Arbeiterfragen anderen Arbeitgeberverbänden angeschlossen sind, ohne selbst solche zu sein; denn diese angeschlossenen Wirtschaftsverbände werden bei den Oberverbänden ständig als Mitglieder mitgezählt.

Berufsgruppen	In den einzelnen Gruppen sind nachgewiesen:				Zahl der	
	Stets verbände	So-ber-ober-Regionalverbände	Dist-verbände	in-tenen	Mit-glieder	bei den Verbänden
Landwirtschaft, Gärtnerei, Fischerei	1	5	25	31	5949	31080
Bergbau, Hütten und Salinenwesen	1	8	—	9	243	451289
Industrie der Steinen u. Erden	14	24	41	79	3761	193150
Metall- u. Maschinen-Industrie	16	80	72	168	12398	74310
Chemische Industrie und Textilindustrie	1	—	3	4	105	24084
Papierindustrie	3	18	17	18	412	47469
Papierindustrie	7	12	18	37	408	45931
Lederindustrie	4	10	27	41	1228	12456
Holzindustrie	2	6	163	171	5112	63255
Nahrungsmittelgewerbe	4	38	59	101	8031	126700
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	7	28	190	225	4973	60820
Baugewerbe	9	1-2	108	12.6	51038	525132
Holzgraphische Gewerbe	6	49	74	129	5551	79.95
Handel u. Verkehrsgewerbe	5	23	18	8	3-23	100671
Gas- und Schankwirtsch.	—	—	2	2	334	—
Theater, Freize Verufe (Theater, Musik)	2	23	78	103	503	25060
Sa.: Verufl. Verbände	62	456	194	250	103269	296782
Sa.: Gem. Verbände	2	1	93	113	1826	88798
Sa. überhaupt	64	474	2033	2613	115095	3854880

Die größte Konzentration der Arbeitgeberverbände besitzt die Bergbauindustrie, danach die Metall- und Maschinen- und dann folgt die Textilindustrie, während die stärkste Zersplitterung in kleine Ortsvereine beim Bau- und Holzgewerbe zu beachten ist. Die beiden gemischten Zentralen der Verein Deutscher Arbeitgeberverbände und die Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände, haben im Jahre 1909 einen mächtigen Zuwachs erfahren: der „Verein“ um 17500 Mitglieder mit 150000 Arbeitern und die „Hauptstelle“ um etwa 450 Mitglieder mit 50000 Arbeitern. Die größten unabhängigen, d. h. keinem beruflichen Oberverband an-

geschlossenen Fachverbände sind nach wie vor der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller (2960 Mitglieder mit 489000 Arbeitern), der Deutsche Arbeitgeberbund für das Langgewerbe (22000 Mitglieder mit 333000 Arbeitern), der Arbeitgeberbund der deutschen Textilindustrie (310000 Arbeiter) und der Zechenverband 91 Firmen mit 339000 Arbeitern). Unter den gemischten Landesverbänden stehen der Verband sächsischer Industrieller mit 4500 Mitgliedern und 500000 Arbeitern und der Bayerische Industriellenverband mit 624 Firmen und 180000 Arbeitern oben an. Müssen die Arbeiter allenthalben aus diesen Zahlen lernen.

Durch die verstärkte Erhebungsmethode ist die Zahl der Arbeitgeberverbände in einzelnen Gewerken, namentlich der Ortsverbände, gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen. Insgesamt aber ist sie nach der „Sozialen Praxis“ doch noch (um 21) gestiegen und betrug am 1. Januar 1910 2613 (24 Reichsverbände, 475 Landes- oder Bezirksverbände, 2055 Ortsverbände). Die Gesamtheit der Mitglieder ist mit 115095 ermittelt, bei denen 3854680 Arbeiter beschäftigt sind. Ein Vergleich mit den Zahlen des Vorjahres ist infolge der Ausschaltung zahlreicher Nicht-Arbeitgeberverbände nicht angängig; auch ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter nicht mehr wie im Vorjahre nach dem Stichtage, sondern nach dem Jahresdurchschnitt angegeben. Die Gliederung des Berichtsstoffes über die Arbeitgeberverbände ist ferner dieses Mal nur nach Berufsgruppen und erst in zweiter Linie nach Organisationsgruppen (Reichs-, Landes-, Bezirks- und Ortsverband), die vorige Jahr im Vordergrund standen, erfolgt. Mehrfachzählungen sind hierbei durch sichtbare Berechnung der sachlichen Teilverbände, die gemischten Arbeitgeberverbänden oder mehreren Oberverbänden angehören, auf die einzelnen Berufsgruppen vermieden worden. So wird zugleich die Verbandsgliederung, die Verbandskartellierung und die Häufigkeit von Doppelanträgen kenntlich gemacht.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Kampf in Hagen-Schwelm

hat inzwischen noch größeren Umfang und schärfere Formen angenommen. Die Unternehmer hatten bekanntlich Ende vorigen Monats die Betriebe geöffnet und so den Versuch gemacht, die Geschlossenheit der Arbeiter zu durchbrechen. Da sich bis zum 28. Juni nicht genügend Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit gemeldet hatten, sind sämtliche Betriebe seit dem 1. Juli vollständig still gelegt. Wie der Arbeitgeberverein bekannt macht, sollen die Betriebe bis zum 15. ds. Mts. geschlossen bleiben. Während dieser Zeit können sich Arbeitswillige melden, ohne den Zwangsarbeitsnachweis benutzen zu müssen. Ob von dem Arbeitgeber Verbrauch gemacht wird, muß abgewartet werden. Bis dato stehen auch die Unorganisierten noch auf dem Standpunkt, daß der Arbeitsnachweis nicht anerkannt werden darf.

Inzwischen ist der Regierungspräsident von Arnberg eruchtet worden, vermittelnd einzugreifen. Ob dabei etwas herauskommt, ist zu bezweifeln, denn der Arbeitgeberverein will von einem Nachgeben nichts wissen. Hoffentlich steht die Arbeiterschaft einig und geschlossen zusammen, um den Scharfmachergelüsten eine Parole bieten zu können.

Zum Streik auf der Döberger Hütte.

Bei jedem wirtschaftlichen Kampf finden sich einzelne Leute, die zum Gegner übergehen. So auch beim Döberger Streik. Diese Kaufreißer seien nachstehend etwas näher betrachtet:

Formier Wilhelm Temme. Im Juli 1907 wurde er auf der Döbergerhütte sofort entlassen, weil er sich mit dem damaligen Betriebsführer gegannt hatte. Die anderen Formier richteten an die Besitzer des Werkes die Bitte, Temme möge wieder eingestellt werden. Den vereinten Bemühungen der Formier gelang es, die Wiedereinstellung des Temme zu erzielen. Auch haben die Formier, weil es Temme in Folge misslicher Verhältnisse nicht am besten erging, ihm materiell durch eine freiwillige Sammlung unter die Arme gegriffen. Daß Temme die Unterstützungszuwendungen unseres Verbandes in vollstem Maße in Anspruch genommen, sei nur nebenbei bemerkt.

Der Formier Joh. Brüne war immer einer der lauteften. Er war derjenige, der in der Formierzeit am schlimmsten die Formier zur Arbeitsniederlegung ausschaltete. Am Tage der Kündigung spielte er den Stimmungsmacher, er sang aus voller Kehle und frischer Brust, wie eine Gister in Nachbars Kartoffelfeld:

Der Tag des Ruhmes ist gekommen,
Der Tag der Freiheit naht heran.
Habt ihr den Ruf zur Schlacht vernommen,
Was jagt du ängstlich und bellommen,
Wach auf, bebrängtes Volk wach auf.
Gott wird mit mächtiger Hand dich retten
Aus Tyranni, Schmach und Not.
Auf deutsches Volk brich deine Ketten,
Freiheit oder Tod.

Daß „Er“, Formier Joh. Brüne ward Arbeitswilliger. Böse Zungen in Döberger Isolieren, Brüne spekuliere auf die Stelle des Gießermeisters.
Das arbeitswillige Brüderpaar Franz und Albert Schmitt. Der eine ist Formiergehilfe und ca. 22 Jahre alt, der andere hat „auch“ Formier gelernt, aber schon seit längerer Zeit ist er als Tagelöhner beschäftigt, weil er zu

allem möglichen, bloß nicht zum Formen zu gebrauchen war. Was mag dieser „Machformer“ jetzt wohl eine Menge brauchbaren Gieß liefern? Außerdem haben beide noch den Meißel. Metallarbeiterverband hintergangen. Vom Verband haben sie Unterstützung bezogen und während der Zeit auf der Hütte gearbeitet. In der Landwirtschaft gegen Entgelt gearbeitet. Durch Vermittlung einer gewissen Ortsgröße aus Wigge, die auf der Hütte im Rod und Papierzug einherstolzieren, ist das edle Brüderpaar als Arbeitswillige in Gnaden angenommen worden.

Heinrich Albaum hat Formier gelernt, ist aber schon seit längerer Zeit Macharbeiter. Beim Ausbruch des Streiks feierte er krank. Nachdem der Streik schon 5 Wochen dauerte, meißelte er sich gesund und stellte sich der Hütte zur Verfügung als Formier. Er will sich am Verbands rächen, weil übertriebene Unterstüßungsansprüche seinerseits nicht berücksichtigt werden konnten.

Der gelernte Formier, nachherige Tagelöhner und jetzige Arbeitswillige Formier August Hammer Schmidt hatte schon seit längerer Zeit als Platzarbeiter gearbeitet, weil er in der Hütte einen Unfall durch Verbrennung eines Auges erlitten hatte, wodurch er zur Fortsetzung des Formierhandwerkers nicht mehr fähig war. Nach vierwöchentlicher Dauer des Streiks konnte er merkwürdigerweise wieder soviel sehen, um als Formier zu arbeiten.

Hilfsformier Albert Mühl hatte nach Ausbruch des Streiks Arbeit angenommen beim Bahnhofsneubau in Döberger. Doch eines guten Tages ging er zur Hütte als arbeitswilliger Formier.

Der ehemalige Tagelöhner und jetzige Arbeitswillige Formier Anton Hillebrand aus Felminghausen ist 25 Jahre alt und Gusspußer gewesen, weil er in seiner 8-9-jährigen Tätigkeit als Formierlehrling und Gehilfe nicht soviel vom Handwerk gelernt hatte, daß er einen ordentlichen Feuerlopf machen kann. Als selbständiger Formier konnte er nicht fertig werden und die selbständigen Formier konnten ihn als Gehilfen nicht gebrauchen.

Josef Körling, Josef Lenze II und J. Scharfbaun sind Arbeitswillige geworden, veranlaßt durch Dritte.

Alles in allem genommen kann die Geschäftsleitung der Döberger Hütte mit diesen Kaufreißern keine Ehre einlegen. In der Not greift der Ertrinkende nach einem Strohhalm. Aber wenn der Mohr seine Schuldigkeit getan, kann er bekanntlich gehen. So ist es noch allen Arbeitswilligen ergangen. Sie werden aber der gerechten Sache der Streikenden keinen Abbruch tun. Die kampfhaften Anstrengungen der Firma draußen im Lande und auch im Essener Arbeitsmarkt. Arbeitswillige zu suchen werden geschlagen, dafür werden wir schon sorgen. Dazu ist aber auch die Formier solidarität zu groß. Am 29. Juni fand in Döberger eine stark besuchte Versammlung statt, welche folgende Resolution einstimmig annahm:

Die am 29. Juni in der Schützenhalle in Döberger tagende öffentliche Versammlung erkennt nach den sachlichen Darlegungen des Referenten an, daß die Formier der Döbergerhütte im Rechte sind. Versammlung erklärt, daß ihr nichts davon bekannt ist, daß die streikenden Formier in Döberger für unordentliche und verbummelte Arbeiter gehalten werden. Versammlung verwahrt sich ganz entschieden dagegen jemals ähnliche Äußerungen gemacht zu haben. Versammlung bedauert, daß im Kreise Brilon ein Gewerbegericht nicht besteht, welches eventuell als Einigungsamt in diesem wirtschaftlichen Kampf in Tätigkeit treten könnte. Die Versammelten sprechen die Hoffnung aus, daß das Landtage des Kreises Brilon unverzüglich die Initiative ergreifen möge, ein Gewerbegericht zu schaffen. Ferner verpflichten die Versammelten den kämpfenden Arbeitern der Döbergerhütte ihrer vollsten Sympathie und versprechen ihnen die weitgehendste moralische Unterstützung.

Das zeugt davon, daß trotz der paar Ueberläufer die Einigkeit der Arbeiter nicht durchbrochen ist und daß sie mit Beharrlichkeit für den Sieg ihrer gerechten Sache zu kämpfen bereit sind.

Zur Beachtung.

Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fern.

Zu ändern bei Arnberg i. W. Zur Verteidigung des Koalitionsrechts stehen die Arbeiter der Firma Anton Brumberg im Streik.

Falkau (Baden). In der Draht- und Schraubenfabrik Falkau (Aktien-Gesellschaft) stehen die Arbeiter im Streik.

Spillingen. Bei der Firma J. Dunderstadt sind die Flaschner wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten. Ueber den Betrieb ist die Sperre verhängt.

Hagen-Schwelm. Der Unternehmerverband für den Industriebezirk Hagen-Schwelm hat 50 Prozent sämtlicher Arbeiter ausgesperrt.

Essen. Ueber die Eisenhoch- und Brückenbau-A.-G. Union ist die Sperre verhängt worden.

Nürnberg. In der Drahtstiftfabrik Lechner und Schlegel stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen im Streik.

Essen-Kettwig. Ueber die Firma Gebrüder Ruhrmann, Kettwig an der Ruhr, ist die Sperre verhängt.

Döberger. Die Formier der Döberger Hütte stehen wegen Lohnunterschieden im Streik.

Raufen (Oberbayern). Bei der Firma Rauche Erben, Maschinenfabrik für Brauereieinrichtungen haben die Kollegen wegen schlechter Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Arbeit niedergelegt.

Dortmund-Lünen. Die Formier der Firma Polthoff u. Flume stehen im Streik. Die Arbeiter der Lünen Hütte, Lünener Eisen gießerei und der Hütte „Westfalia“ sind ausgesperrt.

Danzig. Bei der Firma Maschberger in D... bei Danzig sind wegen Verzögerung der Ueberstunden Differenzen ausgebrochen.

Menden i. W. Bei der Firma Theodor Klusendick (Hofeslampe), sind wegen Herabsetzung der Alfordpreise Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Klempnern, Metallbildnern und Schleifern ist fernzuhalten.

Menscheid. Sämtliche Maschinenbauer und Hilfsarbeiter der Rheinischer Fellenindustrie haben (mit Ausnahme einzelner Firmen) am 18. d. Mts. die Kündigung eingereicht.

Zuzug ist fernzuhalten.

Westfälische Stahlwerke Bochum. Zwischen den Arbeitern der Stahlformerei der Westf. Stahlwerke und der Betriebsleitung ist eine Einigung erzielt worden. Die Sperre ist aufgehoben.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, 10. Juli 1910 der achtundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 17. Juli fällig.

Freiwillige Sammlung für die Bauarbeiter.

Die Ortsgruppenleistungen werden nochmals angefordert, alle noch ausstehenden Gelder von der Sammlung für die Bauarbeiter sofort an die Geschäftsstelle des Verbandes einzufenden. Ebenso sämtliche benutzten wie unbenutzten Sammellisten, damit die Schlussabrechnung mit dem Generalsekretariat in Köln erfolgen kann. Wir erwarten bestimmt, daß die Einfindung der Gelder und Listen sofort erfolgt und eine nochmalige Aufforderung nicht nötig sein wird.

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine freigestellten Beamten und Arbeitsnachweise sind, hat diese Meldung dennoch bei dem Ortsgruppenvorstand zu erfolgen. In solchen Orten, wo keine Ortsgruppe oder Geschäftsstelle des Verbandes besteht, wende man sich an den zuständigen Bezirksleiter oder den Zentralvorstand. Das gleiche gilt auch für diejenigen Mitglieder, die ihre Arbeitsstelle am Ort wechseln.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschrift, sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes Duisburg, Seitenstraße 19 und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten abzusenden.

Die Aufnahmescheine von allen dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe anzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzufenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Die Adresse der Bezirksleitung für Süddeutschland: ab 1. Juli 1910: Xaver Kuhn, Pforsheim, westliche Karlsriedrichstr. 72 Telefon Nr. 1983.

Aus dem Verbandsgebiet.

Mannheim. Wenn Herr Mathis auf Reisen geht! Die Kritik und Beleuchtung des Streiks der Maschinisten und Heizer in Rheinhausen in unserem Verbandsorgan und in der Tagespresse gemacht wurden, lassen Herrn Mathis, den „Sieger“ von Rheinhausen nicht ruhen. Nachdem er an Ort und Stelle in Rheinhausen und Duisburg — fertig ist, geht er sich aufs Dampf und fährt nach Mannheim — dem berühmten Kampffeld seiner „Siegesbrüder“ Stuttgarter Richtung. Was er hier wollte? Nun, den christlichen Metallarbeiterverband und dessen dortige Bezirksleitung nebst einer Mannheimer Tageszeitung torpedieren! Hört, wie er das machte: Per Einschreibebrief lud man unter Hinzufügung eines mit Raft- u. Schimpfworten gespickten Flugzettels und durch große blutrote Plakate an den Plakatsäulen unsere Bezirksleitung und die Redaktion des Mannheimer Volksblatts 24 Stunden vor Beginn einer Versammlung zur Teilnahme an dieser ein. Auge in Auge — so hieß es — sollten sie dem „Leiter“ des Rheinhauser Kampfes ihre im Mannheimer Volksblatt „gemachten Verleumdungen“ des „guten und bewährten“ Maschinisten- und Heizerverbandes zurücknehmen oder Beweise antizipieren.

Hier die Tagesordnung: „Die Angriffe des christlichen Metallarbeiterverbandes und des Zentrumsblattes „Neues Mannh. Volksbl.“ gegen unsern Streik in Sachen der Maschinisten und Heizer bei der Firma Krupp in Rheinhausen (Rheinland)“

Die Sache sollte somit interessant werden. Zumal auf dem Flugblatt bemerkt war, daß die oben genannten „Sünder“ schriftlich eingeladen seien; und dazu zum Massenbesuch im großen Saale des Gewerkschaftshauses bei allen Gewerkschaftlern aufgefordert wurde. Die Versammlung fand statt. Erschienen war der größte Teil der Mannheimer — 60 von 85 — Mitglieder, Herr Mathis aus Köln und ein Zeitungskorrespondent. Der Vorsitzende verlas sofort zwei Schreiben, die man als Antwort auf die Einschreibebriefe an unsere Bezirksleitung und Redaktion des Neuen Mannheimer Volksblattes erhalten.

Selbe können es selbstverständlich ab, nur in 24 Stundenfrist den roten Schimpfaposteln zur Verfügung zu stellen und sich als sozialdemokratische Schwindelvorstellung und Raubersammlung mißbrauchen zu lassen.

In der Versammlung aber ließ Herr Mathis dem Schicksal seiner Mannheimer Mitglieder den „Erfolg“ von Rheinhausen im „schönsten Lichte erstrahlen“. Er wußte eine ganze Reihe von Zugeständnissen der Direktion aufzuzählen, die niemals gemacht und den Arbeitern gar nicht gewährt worden sind. Den Christlichen habe dieser „große Erfolg“ nicht gefallen. Drei Stunden nach Wiederaufnahme der Arbeit sei ein christliches Flugblatt erschienen, worin — man achte wohl auf — der Erfolg des Kampfes kolossal übertrieben und die Arbeiter der Hülfe scharf gemacht worden seien. Nahe seien von 1000 Arbeitern nur 80 im Betriebe organisiert. Die Christlichen hätten nur ihre eigenen Schändlichkeiten verdrängen wollen, darum hätten sie das alles so gemacht und die „wahren Tatsachen unterschlagen.“ Hören wir was das Neue Mannheimer Volksblatt im Anschluß an diese Behauptungen schrieb. Es ist zum Teil das, was unsere Kollegen schon aus unserm Verbandsorgan wissen. Trifft den „Nagel“ im ganzen aber auf den Kopf. Es schreibt hierzu:

Herr Mathis wollen wir hier zur Steuer der Wahrheit das Gedächtnis etwas auffrischen. Damit erfährt dann die Öffentlichkeit, wie genau die Sache vom Referenten aufgeführt wurde.

In der Nr. 137 vom 27. Mai d. J. schreiben wir: „Am Samstag, den 26. März, vormittags berichtet die Kommission, daß die Forderungen der Arbeiter bewilligt wären. Darauf wird die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Der Zentralvorsitzende der Heizer und Maschinisten bezeichnet den Abschluß als einen großartigen Erfolg, auf den die Arbeiter in ganz Deutschland mit Bewunderung hinstarren würden. Nachmittags um 2 Uhr wird von einer Schicht die Arbeit wieder aufgenommen.“

Sonntag, den 27. März, erscheint der Anschlag im Werk, daß die „Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen worden sei.“ Mit andern Worten: Die Bewegung war ohne jeden Erfolg. Alles ist pass, niemand weiß, wo er daran ist. Einzelne warfen sofort die Arbeit wieder hin, andere sprachen es offen aus, daß die Arbeiter schändlich betrogen worden seien. Der Widerspruch war den Tatsachen so diametral gegenüberstehend, daß die Arbeiter nach Aufklärung brannten. Am Montag den 28. März fand eine Delegatensammlung statt, die aber die erwünschte Aufklärung nicht brachte. Die sozialdemokratischen Führer und Kommissionsmitglieder redeten mit vielen Worten und wenig Sinn um den Kern der Sache herum und brachten es so weit, daß die Arbeiter „vorläufig einmal die nächsten Lohnzahlungen abwarten“, alles weitere sich aber vorbehalten wollten.

Die Lohnzahlungen kamen, aber die erwarteten Aufbesserungen nicht. Der meiste glückliche „Gewinn“ erzielten etwas mehr. Die große Mehrzahl ging vollständig leer aus. Dafür aber kam die Nr. 8 des sozialdemokratischen Verbandsorgans „Deutscher Maschinist und Heizer“, vom 15. April 1910 — wohlgerneht mehr einen halben Monat nachher — und feiert den „Sieg“ von Rheinhausen als „einen Meiststein in der Geschichte des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer“, um mit einer geradezu widerlichen Prahlerei wörtlich fortzufahren:

„Keiner deutschen Organisation war es bis dato möglich gewesen infolge des Indifferenzismus der Massen einen Kampf mit den Gewaltigen der Metallindustrie aufzunehmen. Unserer Organisation sollte die Aufgabe zuteil werden, den ersten größeren Kampf mit den Güttenbaronen auszufechten. Diese uns vorbehaltene Aufgabe ist geradezu glänzend gelöst worden. Aufgabe der Maschinisten und Heizer und der übrigen Güttenarbeiter ist es, diesen Erfolg gebührend auszunützen. . . Kollegen, seht hin nach Rheinhausen, nehmt Euch ein Beispiel an den dortigen Kollegen und zum Schluß rufe ich Euch zu: „Gebet hin und tuet dasgleichen!““

Von dem siegreichen Otto Mathis wurde die niederschmetternde Bekanntmachung der Firma Krupp glatt ignoriert. Trodem die „Volksstimme“ dieselbe nun selbst zum Abdruck bringt, wagt sie zu sagen, in der Nr. 8 des Heizer- und Maschinistenorgans sei wahrheitsgemäß über die Bewegung berichtet worden. Das genügt allein, um die „siegreichen“ Seerführer mit ihrem Erfolg und die Fähigkeiten der sozialdemokratischen Presse mitamt der „Volksstimme“ die uns des Widerstands und der Inkonsequenz zeihen will, läßt sich selbst auf Widerprüchen und wahrheitswidriger Darstellung der Dinge ertappen in demselben Augenblick, wo sie uns der Lüge und Verächtlichkeit, der Sudelei usw. zu bezichtigen sucht. Die Tatsache aber, daß die „Volksstimme“ dem christlichen Flugblatt, das im guten Glauben an die wahrheitsgemäße Darstellung der betr. Bewegung durch die Sozialdemokraten verfaßt wurde, Uebertreibung vorwerfen wollen, beweist und zwingt alle denkenden Menschen, in Zukunft sie und ihren Nachbeter überhaupt nicht mehr ernst zu nehmen.“

Trodem hier mit Tag und Datum die Haupteinzelheiten mit allen Begleiterscheinungen wiedergegeben und kritisiert wurden, jagt Herr Mathis, das Volksblatt und der christliche Metallarbeiterverband hätten diese Tatsachen unterschlagen. Höher geht wohl nicht mehr! Zumal eine Antwort auf diese Behauptungen bis jetzt nicht erfolgt ist. Die Behauptungen des Herrn Mathis lassen den Schluß zu, daß man sich auf jener Seite absichtlich so stellte, als habe man die Feststellungen in der Nr. 137 dieses Blattes nicht gelesen. Man schweigt das einfach tot und jagt das Volksblatt hätte das unterschlagen. So konstruiert man Angriffspunkte und baut dann auf diesen selbstkonstruierten Popanz los. Daß dies aber nur Ausflüchte sind, brauchen die Mitglieder des Maschinisten- und Heizerverbandes nicht zu wissen. Ebenso geht es diese nichts an, warum nicht in Rheinhausen und Duisburg Musterrungs-Versammlungen veranstaltet werden. Sie haben zuzuhören, unbelegen zu glauben und das Maul zu halten.“

Dem noch etwas hinzuzufügen ist überflüssig. Herr Gauleiter Mathis, der „Sieger“ von Rheinhausen kann einem Sendler und Vorhölzer würdig an die Seite gestellt werden.

Namen. (Hirsch-Dundersche Tapferheit.) Dem Hirsch-Dunderschen Bezirksleiter Hartmann war, wie man sich auf den hiesigen Werkstätten erzählt, von seinen Mitgliedern zugelegt worden, gegen das Urteil des hiesigen Schöffengerichts, welches am 22. Februar d. J. Hartmann wegen mehrerer jülicher Beleidigungen des Kollegen Bal-

bes zu 100 Mark Geldstrafe, Tragung der Kosten und Publikation des Urteils verurteilt hatte, Berufung einzulegen. Gleichzeitig mußte Hartmann gegen den Chefredakteur des „Volksfreunds“ Beleidigungsklage einreichen wegen des Berichtes, der über die sehr interessante Gerichtsverhandlung erfolgt war. Der „Volksfreund“ schreibt nun zu dieser Angelegenheit in seiner Nr. 144 vom 25. Juni das folgende:

„Wie oft ist jeder, der im öffentlichen Leben steht, nicht nahe daran, hinreichend verdächtig zu sein, einen anderen beleidigt zu haben? Und gar erst der Redakteur einer Tageszeitung, der sich nicht scheut, wenn es notwendig ist, ein entschiedenes Wort zu sprechen. Er kennt die drei Arten der Vorladungen: die am wenigsten gefährliche vor dem Schiedsman, die schon schwierigere vor den Kommissar und gar erst die dritte Sorte vor den Richter. Nun hatten auch die Hirsch-Dunders hier in Wachen mit den bekannten Paragraphen des Strafgesetzbuches einen Zusammenstoß. Der lokale Führer der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften war von dem Gewerkschaftssekretär Balbes wegen Beleidigung verklagt worden. Am 22. Februar d. J. fand der Termin vor dem Schöffengericht statt, über den der „Volksfreund“ in seiner Nr. 44 ausführlich berichtet hatte. Zu dem Termin erhielt Herr Hartmann, der nun mit stiller Behmut an seine Entlastungszeugen denken wird, seitens des Vorsitzenden eine äußerst sachgemäße Aktion über die Bekämpfung des Gegners. Diese Belehrung kostete Herrn Hartmann 100 Mark bezw. 20 Tage Gefängnis — außer den Kosten und Veröffentlichung des Urteils.“

Herr Hartmann ließ sich nicht abschrecken. Wozu haben wir denn eine Berufungskommission? Der 25. Juni, also der heutige Samstag, sollte entscheiden. Schon war alles gespannt auf den Ausgang des Prozesses und die weiteren Zeugnisaussagen — da zieht Herr Hartmann die Berufung zurück.

Ähnlich, aber anders erging es in einem anderen der mit diesem eng zusammenhängt. Der „Volksfreund“ berichtete in seiner Nr. 44 vom 24. Februar d. J. über die schöffengerichtliche Verhandlung. Das beleidigte Herr Hartmann. Unter dem 4. März ließ er den Chefredakteur des „Volksfreunds“ vor den Schiedsman laden. Die Eilbewehrung fand am 9. März 1910, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus hier selbst statt. Der Angeklagte konnte natürlich nichts anderes sagen, als das: wenn Herr Hartmann sich durch die Aussagen seiner Schutzzeugen oder durch die Ausführungen des Vorsitzenden beleidigt fühlte, so ist daran der „Volksfreund“ vollständig unschuldig.

Bei dieser Sachlage zog es der Angeklagte vor, den Kläger allein auf dem Kampfplatze zu lassen. Doch damit war natürlich die Sache nicht erledigt. Am 24. Mai d. J. war gerade die Verjährungsfrist verstrichen, und gestern, am 24. Juni d. J., hatte Herr Hartmann die Klage — noch nicht erhoben. Der Effekt ist also derselbe, wie im ersten Falle, nur hat er für Herrn Hartmann den Vorzug der Billigkeit.

Wenn Herr Hartmann für die Art und Weise seiner Agitation aus diesen „Erfolgen“ die Lehre zieht, dann kann mancher Grobian aus der Hirsch-Dunderschen Kasse bessere Verwendung finden.“

Soweit der „Volksfreund“. Dem genialen Strategen unser aufrichtiges Beileid. Er eilt von Blamage zu Blamage.

Völklingen. Die christl. Gewerkschaften und die Wohlfahrtseinrichtungen. Nachdem das Völklinger Hüttenblättchen in der Nummer vom 18. Juni d. J. mit dem Abgeordneten Giesberts scharf ins Gericht ging, weil er in zwei öffentlichen Versammlungen im Ruhrrevier einen Vergleich gezogen bezüglich der Schlichtheit vieler öfteklicher Junker und dem großen Luxus und Proletentum mancher Großindustriellen, gibt ihm daselbe Blättchen in der Nummer vom 20. Juni unter der obigen Ueberschrift eine gute Note. Giesberts hat auf der Jahresversammlung des Vereins für Volkswohlfahrt in Braun-schweig eine Rede über die Fabrikwohlfahrtspflege gehalten, in welcher er seine Ansichten über die Wohlfahrtseinrichtungen der Industriellen darlegte. Er sowohl wie auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Pieper kommen zu dem Schluß, daß die Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen unter der Bedingung, daß unter keinen Umständen dadurch das Recht der gewerkschaftlichen Organisationen beeinträchtigt oder gar unmöglich gemacht wird, durchaus anzuerkennen sind als ein Gebiet, auf dem sich der sozial geinnte Arbeitgeber unter Mitwirkung der Arbeiter frei betätigen kann. Das Völklinger Hüttenblättchen freut sich am Schluß des erwähnten Artikels über soviel „Vernunft“ bei Giesberts und Dr. Pieper und meint dann: „Neugierig sind wir aber, was die christliche Gewerkschaftspresse zu den Ausführungen von Dr. Pieper und Giesberts sagen wird.“

Darauf ist folgendes zu antworten: Die christlichen Gewerkschaften wären ja Loren, wollten sie die Wohlfahrtseinrichtungen, die wirklich edlen Motiven entsprungen sind und nicht das Kainszeichen der Arbeiterfesslung und Knebelung an sich tragen, ablehnen. Wie sehen aber die Wohlfahrtseinrichtungen der Industriellen an der Saar aus? Zum Beispiel die Pensionskasse der Firma Bopelius. Lange Jahre haben die Arbeiter zum Teil hohe Beiträge hineingezahlt, die Kasse ist leistungsfähig, flugs wollten die Herren dieselbe in eine „Freie Unterstützungskasse“ ummodellern, um der Aufsicht der Regierung zu entgehen und den Arbeitern das klagbare Recht zu nehmen. Die Arbeiter wehrten sich hiergegen, indem sie zum großen Teil in die christliche Organisation eintraten. Die Regierung wurde um Unteruchung der Sache gebeten. Diese riet der Firma, zur Sanierung der Kasse höhere Zuschüsse zu zahlen. Tagegen wehrte sich die Firma mit Entschiedenheit; ebenso weigert sie sich, Beiträge zurückzahlen an zwei von ihr entlassene Arbeiter, die 18 und 20 Jahre dort beschäftigt waren und fast ein kleines Vermögen in die Kasse hineinzubehalten haben. Die Firma erklärt auch rund heraus: jetzt, nachdem sich die Arbeiter (und zwar die maßgebenden) doch der Arbeiterorganisation angeschlossen haben, besteht für uns kein Interesse mehr an dem weiteren Ausbau der jülicher Pensionskasse.

Wie sieht es mit den Wohlfahrtseinrichtungen der Völklinger und Burbacher Hütte? Die Gewährung von Gratifikationen und Geschenken, das Beileihen von Häusern zu mäßigem Zinsfuß, die Gewährung von Erholungsurlaub unter Fortzahlung des Lohnes, billige Kartoffel usw.

alle diese „Wohlfahrts-Einrichtungen“ werden auf den genannten Werken nur den Arbeitern gewährt, die in wirtschaftlicher Beziehung eine Selbstkafteuerung an sich vorgenommen haben. Sie müssen Mitglieder der gelben Werkvereine sein und dürfen einer Arbeiterorganisation, d. h. einer Gewerkschaft nicht angehören. Ja, man scheint sich nicht auf dem Möblichenden Wert in Wöllingen, ein gewerkschaftsfreundliches Arbeitervereinsorgan (Westf. Arbeiterzeitung) den Arbeitern zu verbieten, indem man mit Entziehung der genannten „Wohlfahrts-Einrichtungen“ droht.

Dass diese Art „Wohlfahrts-Pflege“ nicht als solche angesehen werden kann, dürfte wohl jedem denkenden Arbeiter klar sein. Nicht mit Unrecht urteilt die „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“, der hochangesehene Männer vorstehen, wie folgt über die gelben Vereine und deren Wohlfahrts-Einrichtungen:

„Nach alledem handelt es sich bei den Werkvereinen nicht um Unterstützung der Mitglieder und die Pflege der Unterhaltung und Belehrung, sowie Gewährung von Rechtschutz unter Beteiligung der Arbeitgeber an sich, sondern es sollen durch diese Mittel insbesondere andere Zwecke verfolgt werden. Der reine Wohlfahrtszweck tritt also in den Hintergrund.“

Wie lange noch wird sich die Wöllinger, Brebacher, St. Ingberter und Burbacher Hüttenarbeiterschaft diesem unwürdigen Bevormundungssystem unterwerfen? Einige Säulen der gelben Bewegung sind in den letzten Tagen auf unruhliche Art entfernt worden, darunter der „berühmte“ Dr. Wagner vom Burbacher Werk; andere werden zweifelsohne folgen. Wenn nicht alles trägt, scheint dieses der Anfang vom Ende des „gelben“ Arbeiterbetriebs zu sein. Der Arbeiterschaft aber, die freudig aufatmete, als Wagner stürzte, rufen wir zu: Hinein in die christlichen Gewerkschaften, werft die künstliche „gelbe“ Fesselung ab! Ermant Euch und werdet freie deutsche Arbeiter, die sich durch eigene Kraft im Grunde mit ihren Berufskollegen ihr Los zu verbessern suchen.

Samm (Westf.). Schon manchen schönen Erfolg hat unser Verband am hiesigen Orte zu verzeichnen. Eine ganze Reihe Bewegungen, die unseren Kollegen Tausende Mark Lohnerhöhung brachten, sind in den 8 Jahren, die unser Verband am Orte besteht, geführt worden. Diese Bewegungen endeten alle auf friedlichem Wege, ein Vorteil sowohl für die Arbeiter wie auch für die Arbeitgeber.

Aber nicht nur in materieller Hinsicht hat der Verband seine Schuldigkeit getan. Stets waren wir bestrebt, unsere Mitglieder auch geistig und sittlich zu heben, und auch diese Arbeit war nicht erfolglos. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, ist es uns gelungen, den Alkohol aus den Werkstätten zu verbannen. Dieses muß uns höher angeschlagen werden, als der Erfolg unserer in den meisten Werken eine ziemliche Rolle spielte. Durch diesen Ausschaltung der Verhältnisse ist auch die Erziehung und die Beaufsichtigung der jungen Leute eine ganz andere wie früher.

Bedauerlicherweise gibt es nun Leute, die sich im Schweiße ihres Angesichts bemühen, die jungen Leute vom Verbanne fernzuhalten, und sie in ihrem Sinne zu erziehen. Hierin tut sich besonders der Drahtzieher W. aus dem Drahtzuge I der Westf. Drahtindustrie hervor. Mit Geschick weiß er sich immer einige junge Leute dienstbar zu machen. Sie müssen ihm helfen bei der Arbeit Draht abtragen usw., und zum Dank kreist dann nachher die literarische. Auch vorige Woche war wieder mal was los. Einer von seinen Getreuen war zur Hochzeit in nächster Nähe der Fabrik und versorgte nun die anderen mit dem gewünschten Quantum Alkohol. Die Wirkung äußerte sich nachher in einer widerlichen Szene zwischen dem „Erzieher“ W. und seinem betrunknen Jübling W. und endete damit daß W. I den W. II gehörig verholzte.

Wermüdig ist hierbei, daß der Meister von solchen Exzessen nichts merkt, obwohl er in diesem Falle von einem anderen Meister auf den Alkoholtransport aufmerksam gemacht worden war. Oder will er nichts merken? Erklären sie sich dieses schon, denn es ist eine bekannte Tatsache, daß diese betreffenden Arbeiter seine besonderen Schützlinge sind. Ob aus diesem Grunde, weil er deren „Erziehungsmethode“ für die richtige hält, oder weil sie nicht organisiert sind, konnten wir nicht feststellen. Unsere Kollegen werden aber aus solchen Vorkommnissen ihre Aufmerksamkeit ziehen und desto treuer und fester im Verband zusammenhalten, um die Arbeiter materiell und geistig auf eine höhere Stufe empor zu heben.

Saarbrücken-Burbach. Eine Säule des saarabischen Scharfmachertums ist vom Schicksal ereilt worden. Herr Dr. Wagner, Bureauchef der Burbacher Hütte in M.-Burbach (Saar), der wegen seiner „sozialen“ Tätigkeit fassam über die Grenzen Saarabiens hinaus bekannt geworden ist, wurde am 21. Juni plötzlich seines Amtes enthoben. Als Ursache dieser plötzlichen Entlassung konnte bisher etwas Positives nicht erfahren werden. Eines aber steht fest, nämlich, daß nur schwerwiegende Gründe in Betracht kommen konnten, die Position, Dr. Wagner zu erschüttern. Wagner war die rechte Hand des aus dem Streik 1906 unserer Kollegen bekannten Generaldirektors Weißdorf. Sein Einfluß war so groß, daß die Durchführung sämtlicher Aktionen, die von der Burbacher Hütte unternommen wurden, von dem Willen und der Zustimmung Wagners abhingen. Alles Mögliche hat dieser Herr in Scene gesetzt, wenn es galt, die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Hüttenarbeiter und die freiwillig gestimmte Bürgerschaft zu bekämpfen.

Wenn es nach dem Streik, den die Burbacher Hüttenarbeiter 1906 unter der Leitung des christl. Metallarbeiterverbandes um ihr gesetzliches Koalitionsrecht führen mußten, bis daher noch nicht zu einem wirklichen Frieden zwischen dem Metallarbeiterverband und der Werkleitung gekommen ist, so ist dies, wie Kenner der Verhältnisse bestimmt behaupten, auf den nunmehr gestürzten Bureauchef zurückzuführen. Er hat es verstanden, mittels seines Einflusses die Spitze der Werkleitung gegen den christlichen Metallarbeiterverband einzunehmen und scharf zu halten. Deshalb wurde diesem Herrn auch freie Hand gelassen in der Bekämpfung der christlichen Hüttenarbeiter. Vor keinem Mittel, selbst wenn sich dagegen der innere Widerstand empören mußte, schreckte dieser Bureauchef zurück, um den christlichen Metallarbeiterverband zu unterdrücken. Mehr als 200 brave, fleißige, christlich-nationale, vater-

landstreu Arbeiter, darunter mehr als 20 Vertrauensleute des christl. Metallarbeiterverbandes sind brot- und heimatlos durch Herrn Wagner und seine Helfershelfer gemacht worden, weil sie das „Verbrechen“ begangen hatten, als aufrecht stehende Arbeiter Mitglied einer Organisation zu sein. Wie ein geheftes Wild wurden diese armen Arbeiter von einem Betrieb zum andern gejagt, bis sie schließlich der zirkulierenden schwarzen Listen an allen Hütten-toren abgewiesen wurden. Zwei von der Organisation an die Generaldirektion der Burbacher Hütte gerichtete Eingaben gegen diese unerhörten Maßregelungen blieben unbeantwortet.

Der Bureauchef a. D. hat nun auch weiter die „Chre“, der Vater der gelben Hüttenvereine Saarabiens zu sein. Dr. Wagner unterhielt ja auch bekanntlich gute Beziehungen zum General der Gelben, Herrn Lebins. Wir weisen nur auf den Brief hin, den j. Jt. Lebins an seinen Freund Wagner schrieb und ihn um Material gegen die christlichen Gewerkschaften und die „Saarpost“ (gewerkschaftsfreundliche Zeitung) bat. Die gelben Hüttenvereine sind so recht zu einer Sterbense um saarabischen Volkstörper herausgewachsen und nicht zuletzt mit Hilfe des nunmehr gestürzten Bureauchefs. Statt Bildungsabende wurden im Burbacher Hüttenverein Tanzkurse, Festlichkeiten und Freibier, alterne Uniformen und dergl. abgehalten resp. eingeführt, um so die saarabische Hüttenarbeiterschaft noch tiefer in den Sumpf zu ziehen.

Dr. Wagner wußte als gebildeter Mann, daß nur einer geistig und kulturell tiefstehenden Arbeiterschaft auf die Dauer das Koalitionsrecht vorerhalten werden kann. Kannillen, statt aufrechtstehende deutsche Männer hat Herr Wagner durch sein Spionagehüten erzogen, das nicht nur über die ganze Hütte durch die armen gelben Sklaven ausgebreitet war, sondern über die ganze Stadt, selbst die Pfarrhäuser sind nicht verschont geblieben. Was auf diesem Gebiete geleistet wurde, darüber können die Geistlichen, Bürger, Arbeiter und auch unsere dort tätigen Beamten ein Liedchen singen. Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch die Bürgerschaft und selbst die mittleren und unteren Beamten der Burbacher Hütte hatten unter dem Trude dieses Scharfmachers zu leiden, jedoch dieser Herr, der nun seinen Lohn erhalten hat, als eine allgemeine Geißel M.-Burbachs betrachtet wurde. Wer bei diesem Manne in Lagnade fiel, wurde ohne weiteres an die Wand gedrückt. Kenner der Verhältnisse begreifen denn auch den Jubel, der sich unter den Arbeitern und Bürgern in M.-Burbach auslöste, als sich an Dr. Wagner das Sprichwort bewahrheitete: Hochmut kommt vor dem Fall.

Wir brauchen ihn sicher nicht an letzter Stelle eine Träne nachzumauern, müssen aber bedauern, daß ein Mann mit solchen Charaktereigenschaften eine derartige Rolle solange in einem Großbetrieb spielen konnte. Ob die Generaldirektion der Burbacher Hütte aus diesen neuen Erfahrungen die richtige Lehre ziehen wird? Wir sind der festen Ueberzeugung, wenn die Hüttenleitung die Führung und Erziehung der Arbeiter außerhalb des Betriebes dem christl. Metallarbeiterverband und dessen Beamten überlassen hätte, dann würde die Burbacher Hütte heute sicher über einen geistig und kulturell höher stehenden Arbeiterstamm verfügen; vor allem aber auch nicht die gewaltige Arbeiterfluktuation zu verzeichnen haben, welche nach den Angaben des Herrn Generaldirektors Weißdorf 4000 bei einer Belegschaft von 4500 im Jahre 1908 betragen hat.

Offentlich sehen jetzt vor allem die Kollegen von der Burbacher Hütte wie alle Hüttenarbeiter Saarabiens ein, wo ihre wahren Freunde sitzen. Nicht in jenen Kreisen, die sich aus Herrschucht, Hochmut, und nicht zuletzt wegen des schönen Mannons an die Spitze der Arbeiter stellen, sondern dort, wo proletarisches Arbeiterblut in echter würdiger Solidarität vereinigt ist, und das ist der christliche Metallarbeiterverband. Darum auf, Burbacher Hüttenarbeiter, die ihr jahrelang unter der Herrschaft eines Mannes gelitten habt, der jetzt durch dasselbe Hütten-tor geflogen ist, wodurch Hunderte von euren Arbeitsbrüder, vielleicht Vater oder Bruder, stiegen mußten. Faßt Mut und ergreift wieder den einzigen Anker eurer Rettung, schließt euch zusammen und wahrt in echter Solidarität eure Rechte und arbeitet unermüdet an der Hebung eures Standes.

Hütten. Auch der obere Lauf der Ruhr bewegt sich durch eine ziemlich stark entwickelte industrielle Gegend. Meistens ist es die Weiterverarbeitungsindustrie, die sich schon seit Jahrhunderten festsetzte. Aber auch die Groß-eisenindustrie ist ebenfalls, wenn auch nur in geringem Maße in dieser Gegend vertreten. Einer dieser letzteren Werke ist die „Gewerkschaft Hütten“ im Kreise Arnberg. Die Arbeiter dieses Werkes waren bisher, von Einzelheiten abgesehen, für die Organisation nur sehr schwer zu gewinnen. Die Gründe hierfür mögen wohl einerseits darin zu suchen sein, daß die Arbeiter der schweren Industrie im allgemeinen nur sehr schwer dem Organisationsgedanken sich zugänglich zeigen, andererseits liegt die Ursache aber auch darin, daß man es in den Unternehmertreien der hiesigen Gegend versteht, wenigstens nach außen hin, dem Arbeitsverhältnis ein scheinbares patriarchalisches Gepräge zu geben und den Arbeitern in allen Tönen das Lied von der völligen Zweckmäßigkeit der Gewerkschaften vorzusingen.

Doch auch diese Mittelchen sind auf die Dauer keine Garantie dafür, daß ohne jedes Zutun von außen Unzufriedenheit und Erbitterung weite Kreise der Arbeiter ergreift, wie dies so recht einige Vorkommnisse auf der Hütten Gewerkschaft beweisen. Seitens der Betriebsleitung dieses Werkes wurde schon bereits vor einigen Wochen eine sogenannte „Regulierung“ der Affordräge für das Nachmalzwert angekündigt. Diese „Regulierung“ war aber nach Ansicht der Walzer eine bedeutende Herabsetzung der Affordräge, welche bei einzelnen Nummern einen Minderwertdienst bis zu 50 Mark im Monat gleichsam. Eine Kommission der Arbeiter, welche hierfür bei der Betriebsleitung tätig wurde, erhielt die Antwort, daß die Sache geprüft werde. Damit gaben sich die Arbeiter vorläufig zufrieden.

Als nun in den nächsten 14 Tagen, anscheinend von Beamten des Werkes, das Gerücht in Umlauf gesetzt wurde, daß der verschlechterte Affordrarij dennoch eingeführt würde, bemächtigte sich der in Frage kommenden Arbeiter eine große Erregung. Diese wurde noch gesteigert durch das

provokierende Verhalten einiger unteren Vorgesetzten, ferner auch durch sich öfter wiederholende Abzüge für sogenannte Ausschussware, für die die Walzer gemäß ihrer Ansicht nicht verantwortlich gemacht werden können. Auf ihre diesbezügliche Beschwerde erhielten die fraglichen Arbeiter eine abschlagende Antwort, worauf die Erbitterung sich bemerken steigerte, daß die Walzer am 16. Juni plötzlich die Arbeit unter Kontraktbruch niederlegten.

Einige unserm Verband angehörende Walzer benachrichtigten sofort die Bezirksleitung, welche sich denn auch der Sache der Walzer annahm. Es war klar, daß wir das Vorgehen der Walzer nicht gutheißen konnten, was wir auch nicht ohne den Kollegen harrigten. Wir benachrichtigten sofort am andern Tage die kgl. Gewerbeinspektion mit dem Ersuchen, eine Vermittlung zwischen den Streikenden und der Betriebsleitung anzubahnen. Herr Gen.-Inspr. Böse erklärte sich sofort dazu bereit. Inzwischen bemühten sich auch noch andere Herren, eine Einigung herbeizuführen. So auch der Herr Amtmann von Hütten. Ob er hierzu selbst die Initiative ergreift oder von anderer Seite darum angegangen wurde, entzieht sich unserer Kenntnis.

Am Montag den 20. Mai fand eine Versammlung der Walzer statt zur Entgegennahme des Resultats der Verhandlungen und eventuellen Abstimmung über die Wiederaufnahme der Arbeit. In dieser Versammlung war der Herr Amtmann von Hütten ebenfalls anwesend und gab den Streikenden einen Bericht über die stattgefundenen Verhandlungen. Die Direktion sei bereit mit den Arbeitern über deren Beschwerden zu verhandeln, jedoch müsse vorher die Arbeit wieder aufgenommen werden. Nach diesem Bericht war in der Versammlung nur sehr wenig Stimmung vorhanden, unter solchen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Erst dem energischen Eintreten des Kollegen Weinbrenner gelang es, eine andere Anschauung bei den Streikenden herbeizuführen. Eine sofort entsandte Kommission brachte nach kurzer Verhandlung die Nachricht, daß die Direktion sofort bei Wiederaufnahme der Arbeit mit den Walzern über die stattgefundenen Abzüge in Verhandlungen eintreten wolle. Kollege Weinbrenner ersah sofort den Kollegen die Wiederaufnahme der Arbeit, wofür sich auch die Kollegen einstimmig erklärten. Am andern Tage wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Tatsache, daß die Bezirksleitung unseres Verbandes, im Verein mit den dankenswerten Bemühen des Herrn Gen.-Inspr. Böse, sowie des Herrn Amtmann von Hütten, an den Einigungsverhandlungen hervorragenden Anteil nahm, bemühte sich der Arbeitgeberverein Oberrohr in der Tagespresse als unwahr zu bezeichnen. Damit wird aber die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß der christl. Metallarbeiterverband in ausschlaggebender Weise an den Einigungsverhandlungen bei dem Streik der Walzer auf der „Gewerkschaft Hütten“ teilgenommen hat.

Um den verschiedensten falschen und unwahren Gerüchten über die Ursachen dieses Streiks entgegen zu treten, beriefen wir eine öffentliche Volksversammlung ein, wo Kollege Weinbrenner einen ausführlichen Bericht über den Streik der Walzer gab. Obwohl man von verschiedenen Seiten versuchte, die Arbeiter von der Versammlung fernzuhalten, sogar in Eingekandts in der Presse, war diese Versammlung sehr gut besucht. Ein Beweis, daß die Arbeiterschaft der Gewerkschaft Hütten allmählich erwacht. Eine ganze Reihe Neuaufnahmen war das praktische Resultat. — Das begeisterte ausgenommene Hoch auf unsern Verband, mit dem die Versammlung geschlossen wurde, läßt darauf schließen, daß es mit dem Organisationsgedanken auch in hiesiger Gegend vorwärts geht.

Tredden. Von dem Hirsch-Dunderschen Bezirksleiter Berndt in Tredden erhalten wir unter Bezugung auf das Pressegesetz eine Berichtigung, zu deren Aufnahme wir gesetzlich zwar nicht verpflichtet sind, die wir aber dennoch wiedergeben wollen. Sie lautet:

„Der übliche Tagelöhne in Sachsen erhöht. Unter dieser Ueberschrift wird in Nr. 26 des „Deutscher Metallarbeiter“ vom 25. Juni u. a. gesagt: Bezeichnend ist, daß bei dieser wichtigen Frage die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine und nationalen Arbeiterausschüsse einmütig verjagt haben.“

Diese Behauptung ist unwahr. Tatsache ist vielmehr, daß neben der selbständigen Eingabe der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine auch der Ausschuß Nationaler Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen eine solche an die kgl. Kreisshauptmannschaft gerichtet hat, und daß für den Treddener Bezirk diese Eingabe gemeinschaftlich von dem Bezirksleiter der Deutschen Gewerksvereine (Berndt) und dem Treddener Ortskartell der christlichen Gewerkschaften (Otto) ausgearbeitet wurde.“

Wer den H.-D. Bezirksleiter dazu legitimiert hat, für den Ausschuß nationaler Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen als „pressegesetzlicher Bevollmächtigter“ aufzutreten, ist uns nicht recht erklärlich. Ebenso können wir von hier aus nicht einschließen, welche Darstellung die richtige ist. Vielleicht äußert sich der Einsender der angefochtenen Notiz noch näher zu der Angelegenheit, ob schon es uns fürchtbar gleichgültig ist, ob die Hirsch-Dunder und Nationalen dabei geehrt sind oder nicht. Im übrigen müssen wir von allen Berichterstattern nach wie vor verlangen, sich bei allen Einwendungen fürs Organ streng an die Tatsachen zu halten.

Soziales.

Aus der Genossenschaftsbewegung.

Der Verband westdeutscher Konsumvereine (Rhein- und Mittelrhein) hält am 10. und 11. Juli in M.-Gladbach seinen 3. Verbandstag ab. Für den ersten Tag ist auf abends 7 Uhr eine große öffentliche Versammlung im Hotel Weinrichs, Herr am Bau vorgesehen. In derselben werden 2 Referate gehalten, wozu das erste angeht die gegenwärtigen augenblicklichen Situation „Die Konsumvereinsbewegung, ihre Freunde und Gegner“ behandelt, während das zweite, eine mindestens ebenso aktuelles Thema behandelt, nämlich: „Die gegenwärtige Ergänzung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bestrebungen.“ Am zweiten Tage sollen in einem einflussreichen Referate die Wege zu intensiver, erfolgreicher Agitation gewiesen werden.

Der Verband zahlt heute 70 Vereine zu seinen Mitgliedern und stellt in Bezug auf die Zahl der angeschlossenen Vereine den stärksten Konsumvereinsverband von Rheinland und Westfalen dar.

Angesichts seiner rührigen Tätigkeit und der vielen Vorteile, die mit dem Anschluß für die Vereine verbunden sind, ist zu erwarten, daß die noch abseits stehenden Vereine gleichfalls diesem Verbände sich anschließen.

Tuberkulose und Wohnungsfrage.

Eine der traurigsten Statistiken ist sicher diejenige über die Verbreitung der ansteckenden Krankheiten, darunter der Tuberkulose. Nicht weniger wie 16 000 Personen sind allein im Jahre 1909 an Tuberkulose gestorben.

Landeswohnungsdirektor Greßchel-Darmstadt, der auf der Generalversammlung des deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose in Berlin am 11. Mai einen Vortrag über „Tuberkulose und Wohnungsfrage“ hielt, bezeichnete es als ein wahres Glück, daß nicht jeder menschliche Organismus den Bazillen unterliegt.

Die Bedeutung der Wohnung zur Bekämpfung der Tuberkulose dringt in immer weitere Kreise. Manches ist schon geschehen. Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist auch von 16,6 pro 10 000 der Bevölkerung auf 15,54 zurückgegangen.

Literarisches.

Friede im Gewerkschaftsstreit? Kritisches und Antikritisches zum Streit über die Grundlagen der christlichen Gewerkschaften. Von J. Giesberts, Arbeitersekretär.

lers untersucht werden. Durch die 66 Seiten umfassende Schrift wird die grundsätzliche Literatur der christlichen Gewerkschaften wieder um einen bedeutenden Beitrag erweitert.

Die Streitversicherung in Deutschland und Frankreich. Von Dr. G. Verman (Soziale Tagesfragen, 26. Heft) 48 Seiten. M.-Stadbach 1910, Volksvereins-Verlag, 60 Pfg., portofrei 70 Pfg.

Wie bei den Gewerkschaftsorganisationen die Streikunterstützung das Rückgrat des Zusammenschlusses ist, so bei den Arbeitgeberorganisationen die Streitversicherung.

Dieser gewaltigen Zusammenziehung der deutschen Arbeitgeber und der innern noch in Fluß befindlichen Ausgestaltung der Organisation hat seitdem die Wichtigkeit ein von Jahr zu Jahr gesteigertes Interesse entgegengebracht.

In knapper, sachlicher und durchsichtig-klarer Darstellung orientiert der Verfasser nachinander über: Die geschichtliche Entwicklung der Streitversicherung (1872 bis 1904) (nach 1904); Die Praxis der Streitversicherung in Deutschland und Frankreich; Die Bedeutung der Streitversicherung in Deutschland und Frankreich vom Standpunkte der Versicherungstechnik und der Volkswirtschaft.

Briefkasten.

Kollege S. Würzburg. Zur Veröffentlichung nicht geeignet. Warum keine Adresse angegeben? - Nach 3 Wochen. Zu den Akten gelegt. Bei passender Gelegenheit wird es Verwendung finden.

Sterbetafel.

- Machen. Am 20. Juni starb unser treuer Kollege Alois Kaulatz an den Folgen einer Verbrennung auf dem Hilttenwerk „Rote Erde“.
Zemath. Infolge eines Herzschlages starb am 21. Juni unser Kollege Kassierer Josef Stiermann im Alter von 26 Jahren.
Eisenach. Am 24. Juni starb unser Kollege Franz Seyher im Alter von 52 Jahren.
Hannover. Am 1. Juli starb unser Kollege Friedrich Wille an Asthma.

Ehre ihrem Andenken.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

- Bochum I. II. Sonntag, den 10. Juni, vorm. 11 Uhr im Salamander außerordentliche Mitgliederversammlung.
Berlin. Allgemeine Mitgliederversammlung 16. Juli, abends 7/9 Uhr im Schul Festhale, Königsarten 14a.
Bremen. Nächste Mitgliederversammlung am 16. Juli, abends 9 Uhr im Lokale des Herrn Schüt, Stiefensweg zur „Marienburg“.
Chemnitz. Jeden 1. Sonntag im Monat regelmäßige Mitgliederversammlung im Lokal „Brauhausstraße“ bei Polster.
Duisburg-Vaar. Sonntag, den 10. Juli, morgens 1/2 12 Uhr bei Janzen Mitgliederversammlung.
Duisburg-Damborn. Sonntag, den 10. Juli, morgens 10 Uhr bei Luthoff, Smilger u. Leckerh.-Gde.
Düsseldorf. Die gemeinliche Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle findet am Sonntag, den 10. Juli im Paulushaus statt.
Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Sonntag, den 10. Juli, vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung im Paulushaus Louisenstr. 35.
Düsseldorf. (Auf- und Waagentiere.) Wilmshof, den 13. Juli, abends 9 Uhr Branchen-Versammlung im Lokale Reuter, Ost- und Klosterstr.-Gde.

Düsseldorf. (Atempner und Installateure). Freitag den 2. Juli, abends 8 Uhr Branchen-Versammlung im Lokale Reuter, Ost- und Klosterstr.-Gde.

Düsseldorf. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Düsseldorf. Da es unmöglich wird, bei dem starken Versatz auf dem Büro die notwendigen Arbeiten zu erledigen, dürfte den Kollegen zu empfehlen sein, die für den Verkehr festgesetzten Bürozeiten einzuhalten.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.

Duisburg. Die Mitglieder der einzelnen Bezirke der Verwaltungsstelle werden gebeten, die zur Berichterstattung der Generalversammlung erforderlichen Vorarbeiten vollständig zu beschließen.